

Das andere Frankreich

Von Rud. Breitscheid

Paris, den 15. Mai 1924.

Gestern abend war ich in einem kleinen Kabarett in der Nähe der großen Boulevards. Das Programm bot nichts Außergewöhnliches. Ein paar sogenannte Sketchs, Zwei- und Eindeutigkeiten, wie sie hier nicht fehlen dürfen, Anspielungen auf die Wahlen, spöttische Bemerkungen auf das Parlament, die man in allen Kabarett und allen Variété-Theatern hören kann und die meiner Meinung nach doch nur das starke Interesse der Bevölkerung an den politischen Dingen beweisen. Aber zum Schluß kam etwas, was für mich eine Ueberraschung war. Einer der Künstler trug ein Gedicht vom „unbekannten Soldaten“ vor. Der „unbekannte Soldat“ verläßt in der Nacht sein Grab unter dem Triumphbogen und geht zu Millerand, dem Präsidenten der Republik. Er dankt der Nation für die Ehren, die sie ihm erweist, aber er möchte ein paar Fragen an den Präsidenten richten: „Was wird aus den Müttern, aus den Frauen und Kindern der Gefallenen?“ Millerand antwortet mit tönenden Phrasen. Doch der Soldat fährt fort: „Habt ihr uns nicht versprochen, daß dieser Krieg der letzte sein solle? Habt ihr uns nicht, bevor wir in den Tod gingen, gesagt, daß dies der Kampf für den dauernden Frieden sei? Und nun? Wo ist der Friede? Ich sehe, wie immer neue Kriegswerkzeuge hergestellt werden, neue Kanonen, neue Waffen, die Menschheit zu vernichten.“ Millerand erstarrt. Der Soldat verläßt ihn mit einem Fluch.

Und der Beifall des Publikums ist weit stärker als der, mit dem man die vorhergehenden Darbietungen aufgenommen hat. Er kommt aus dem Herzen.

Frage: Wäre in Berlin, wäre irgendwo in Deutschland Ähnliches möglich? Ich fürchte, die Hakenkreuzjünglinge würden das Theater stürmen, und weil man Angst vor diesen Helden hat, ist man bei uns „patriotisch“, singt von vergangenen Herrlichkeiten und der großen Zukunft.

Ich gestehe es, die Tränen waren mir nahe am gestrigen Abend. Ich hätte dem Künstler die Hand schütteln mögen, um ihm zu danken. Und wenn es nicht gar so „unnational“ gewesen wäre, so hätte ich gerufen: „Vive la France!“ Es lebe jenes bessere Frankreich der Republik, der Demokratie und der großen Menschheitstraditionen.

Und ein anderes Erlebnis. Ich war in dem Salon einer Dame, deren Bemühungen um die deutsch-französische Verständigung von allen hoch geschätzt werden, die an der Versöhnung der Völker arbeiten. Ich traf dort Gelehrte von Weltruf, und wir sprachen über das, was immer im Mittelpunkt der Unterhaltung steht, wenn Deutsche und Franzosen einander begegnen. Welches Maß von Vernunft fand ich dort! Welche Bereitwilligkeit, das eigene Land und seine Politik zu kritisieren! Mit welchem Eifer suchte man nach den Wegen, die zu einem wirklichen Frieden führen können! Und ich dachte an deutsche Professoren, und fragte mich, ob es möglich sei, daß sie mit einem Franzosen sprechen könnten, wie ihre Pariser Kollegen mit einem Deutschen? Die Antwort, die ich mir selbst gab, brauche ich hier nicht zu wiederholen.

Nun bin ich natürlich weit davon entfernt, zu glauben oder glauben machen zu wollen, daß diese beiden Erlebnisse bezeichnend seien für die Stimmung des ganzen französischen Volkes. Ich weiß zu genau, daß es Kreise gibt, die man weder zu den Pazifisten des Gefühls, noch zu den Verständigungspolitikern der Vernunft rechnen kann. Diese Kreise hatten bis zum 11. Mai die Macht. Aber wir haben in den bitteren Jahren, die hinter uns liegen, in Deutschland immer die These verfochten, daß es neben dem Frankreich des nationalen Blocks ein anderes Frankreich gibt, daß Paris nicht das Land ist, und daß die große Presse der Hauptstadt nicht die wahre Meinung der Masse der Bevölkerung widerspiegelt.

Nun gut, dieses andere Frankreich hat sich am 11. Mai erhoben und dem Poincarismus ein Ende bereitet. Es hat einen Sieg errungen, wie ihn wenige vorausgesehen oder erwartet hatten. Die materielle Macht war auf der Seite seiner Gegner. Man spricht von 15 bis 16 Millionen Franken, die der Wahlkampf dem Bloc national gekostet hat. Sie sind nutzlos verausgabt worden. Oder vielleicht auch nicht nutzlos, denn die Kandidaten der Linken haben den Wählern zugerufen: „Seht, man will euch kaufen“, und der Appell an die Reinlichkeit hat gewirkt.

Wir sprechen vom andern Frankreich. Aber am Ende ist es richtiger, vom wahren Frankreich zu reden. In der französischen Geschichte hat es immer wieder Epochen gegeben, in denen das Volk zu schlummern schien, bis es sich dann plötzlich den Schlaf aus den Augen rieb und sich auf sich selbst und seine Ueberlieferungen besann. Wir brauchen nur an die Periode des Boulangerismus und an die Zeit der Dreyfus-Wirren zu denken. So hat sich sein besseres Selbst auch jetzt von den Fesseln befreit. Die Wahlkampagne verlief, abgesehen von Zusammenstößen mit den Kommunisten, in Paris und seiner Umgebung ruhig, fast langweilig. Die Versammlungen waren mäßig besucht. Vielfach klagte man über Interesselosigkeit und rechnete mit einer sehr geringen Wahlbeteiligung. Aber die Wähler brauchten keine Belehrung

mehr. Sie wußten, was sie wollten, und handelten dementsprechend. Selbst der Ausfall der deutschen Wahlen beirrte sie nicht mehr. Sie votierten für die Demokratie und für den Frieden.

Sieger sind die Sozialisten und die Radikalen. Die beiden Parteien hatten sich in den meisten Kreisen auf gemeinsame Listen geeinigt, was bei dem herrschenden Wahlsystem eine Notwendigkeit war, wollte man der Reaktion Herr werden. Hier und dort marschierten die Sozialisten auch allein; vielfach auch so erfolgreich, hier und da freilich auf diese Weise den Sieg verscherzend. Aber die Partei bleibt einig, ohne Rücksicht darauf, wie die einzelnen zum „Cartel des Gauches“ gestanden haben.

Sie muß und wird auch einig bleiben, ganz gleichgültig, wie die Entscheidung über die jetzt brennendste Frage, die der Beteiligung an der Regierung, ausfällt. So gut wie sicher ist es, daß Herriot, der Führer der Radikalen, mit der Bildung des Kabinetts beauftragt wird, und nun gibt es bei den Sozialisten zwei Strömungen. Die eine, geführt in der Hauptsache von Moutet und Paul Boncour, die die Mitwirkung in der Regierung fordert, die andere unter der Leitung von Blum, Renaudel, Paul Faure, Bracke, die draußen bleiben und Herriot von außen her unterstützen will. Beide bringen gute Gründe vor. Die einen befürchten ein Abgleiten der Radikalen nach rechts, wenn die Partei sich der Mitarbeit versagt, die andern schätzen diese Gefahr geringer ein und meinen im übrigen, daß die Partei für den Ministerialismus noch nicht reif sei, und daß die Arbeiter noch immer unter dem Eindruck der bösen Erfahrungen mit den Millerand und Briand ständen. Die Frage wird außerdem kompliziert durch das Problem des Präsidenten der Republik. Man fordert auf der Linken energisch den Rücktritt Millerands, weil er auf den Nationalen Block eingeschworen sei und bei mehr als einer Gelegenheit — man erinnert vor allen Dingen an den Sturz Briands während der Konferenz von Cannes — die ihm durch die Verfassung auferlegte Zurückhaltung durchbrochen habe. Nicht ganz einig ist man sich einstweilen über den Weg, der zum Ziel der Beseitigung des Präsidenten führen kann. Soll man jeden Auftrag zu einer Regierungsbildung ablehnen, solange Millerand auf seinem Platze bleibt, oder soll man annehmen und ihn nachher unmöglich machen? Was die Sozialisten betrifft, so werden sie ihre Stellung zu all diesen Dingen auf einem für den 1. Juni, den Tag des Zusammentritts der Kammer, einberufenen Kongreß präzisieren.

Für uns deutsche Sozialdemokraten gibt es bei alledem nur zweierlei. Sie müssen wünschen, daß hier eine wirklich links gerichtete Regierung zustandekommt und daß eine Spaltung der französischen Partei unter allen Umständen vermieden wird. Ob die Sozialisten in das Kabinett eintreten oder es draußen stehend stützen sollen, ist eine Frage, über die sie allein zu entscheiden

haben. Darüber müssen wir uns freilich klar sein, daß im einen wie im andern Falle sich die Basis der Verständigungsmöglichkeiten nicht ändert. Mit einem Wort: das Sachverständigengutachten muß bedingungslos akzeptiert werden, und wir müssen den Beweis erbringen, daß wir der deutschen Nationalisten Herr zu werden imstande sind. Die Vorgänge von Halle haben hier einen fürchterlichen Eindruck gemacht. Eine Wiederholung solcher Kundgebungen wäre katastrophal.

Dabei ist es interessant und belustigend zugleich, daß die Deutschnationalen hier Fühler ausstrecken. Es gibt hier jemanden, der, offenbar im offiziellen Auftrag dieser Partei, versichert, man sei zu einer Verständigung mit Frankreich bereit. Soviel ich höre, begegnet man diesem Abgesandten nicht gerade mit Vertrauen, und man hat ihn insbesondere wissen lassen, daß man einer nationalistisch durchgesetzten Regierung besonders in der Frage der Militärkontrolle sehr viel schärfer noch auf die Finger sehen werde, als irgendeiner andern.

Als irgendeiner andern — das bedeutet, daß auch eine deutsche Regierung, in der die Deutschnationalen nicht vertreten sind, sich keinen zu weitgehenden Hoffnungen hingeben darf. Sie wird nicht erwarten können, daß die militärische Besetzung der Ruhr sofort aufgehoben wird, — und was die Militärkontrolle betrifft, so muß sie sich damit abfinden, daß die Kontrolle im besten Fall zu einer Aufgabe des Völkerbundes gemacht wird. Auch sonst wird es an Schwierigkeiten nicht fehlen. Aber das eine ist sicher: die Atmosphäre der Verhandlungen ist eine andere und bessere geworden. Die Tore zur Verständigung und zur Schaffung des Friedens sind geöffnet. Es gilt, alles zu tun, daß sie von Deutschland nicht zugeschlagen werden.

Vor dem Putsch?

Von Samson

Deutschland steht wieder einmal vor schweren Tagen. Es kann kein Zweifel mehr bestehen, daß die nationalen und völkischen Parteien und Verbände auf einen Putsch hintreiben. Der Wahlerfolg, so unvollkommen er auch war, hat das Selbstgefühl von Führern und Mitläufern der schwarz-weiß-roten monarchistischen Bewegung sehr gestärkt. Die parlamentarischen Regeln gelten für diese Gruppen und ihre Führer nur so weit, als sie für ihre Pläne nützlich sind. Man beruft sich auf die Grundsätze des Parlamentarismus, um die parlamentarische Verfassung zu stürzen. Man betrachtet alle politischen Fragen nur als Machtfragen, Recht und Verfassung sind Nebensache. Man ist weit davon entfernt, das Wahlergebnis, das ja eine Entscheidung zugunsten der Rechtsparteien nicht gebracht hat, als Entscheidung hinzunehmen. Der Wahlerfolg ist bei der Rechten lediglich als Beweis gewertet worden, daß die Konjunktur günstig ist; er wird weiter als Propagandamittel für die nationale Bewegung ausgenutzt. Endlich aber soll er eine legale Basis oder doch wenigstens einen legalen

Vorwand für das illegale Vorgehen, für den Putsch schaffen. Kennen wir das nicht vom Kapp-Putsch her? Damals hieß es doch, der Zweck des Putsches sei lediglich, die Neuwahlen zum Reichstag zu erzwingen, weil die Nationalversammlung nach der Verfassung ihre Aufgabe erfüllt habe und nicht mehr gesetzmäßig sei. Dieselben Leute, die damals diesen Dreh gefunden haben, sind jetzt dabei, das gleiche Spiel nochmals zu spielen. Daher die immer wieder betonte, dreimal unterstrichene Forderung der Deutschnationalen Partei, ihr müsse als der stärksten Partei die Regierungsbildung übertragen werden. Zu welchem Zweck? Die Deutschnationalen wissen ganz genau, daß sie im neuen Reichstag niemals eine Mehrheits-Koalition unter ihrer Führung zusammenbekommen. Haben sie erst den Auftrag zur Regierungsbildung, so werden sie allein oder mit den Völkischen zusammen eine Minderheitsregierung bilden. Daß schon in der ersten oder zweiten Sitzung des Reichstags eine solche Regierung ein kräftiges Mißtrauensvotum einheimsen würden, ist ihnen völlig klar. Darauf rechnen sie sogar! Denn sie bilden die Regierung nicht, um mit dem Reichstag zu arbeiten, sondern sie bilden sie, um die Macht in die Hand zu bekommen und um Neuwahlen zu machen, die selbstverständlich unter kleinen Änderungen der Verfassung und des Wahlrechts stattfinden würden. Diese Änderungen werden so zugeschnitten sein, daß sie eine Mehrheit für die schwarz-weiß-roten Parteien sicher ergeben. Mussolini hat ja mit seinem Wahlgesetz vorgemacht, wie man so etwas fingert. Der nach solchem Rezept gewählte zukünftige „Reichstag“ soll dann alles nachträglich legalisieren, was inzwischen von der deutschnationalen Reichsregierung verordnet worden ist.

Aber wie ist es nun, wenn die Parteien der Mitte die Gefahr erkennen und wenn der Reichspräsident sich weigert, den Anspruch der Deutschnationalen auf Uebertragung der Regierungsbildung anzuerkennen? Recht und Verfassung stützen diesen Anspruch in keiner Weise. Zunächst ist bis jetzt nicht die Deutschnationale, sondern die Sozialdemokratische Partei die stärkste Partei. Die 10 Abgeordneten der Landbundliste sind auf ihrer eigenen Liste gewählt. Die Erklärung, daß sie der Deutschnationalen Partei beitreten, können sie erst dann bindend abgeben, wenn der Reichstag begonnen hat zu arbeiten. Der Reichspräsident ist zudem nach der Verfassung durchaus frei, die Regierungsbildung dem Führer der einen oder der anderen Partei, oder auch einem Manne, der außerhalb jeder Parteibindung steht, zu übertragen. Wir haben in Deutschland nicht das Zwei-Parteien-System wie früher in England. Aus Zweckmäßigkeitsgründen dürfte es sich in normalen Fällen empfehlen, an den Führer der größten Partei heranzutreten, weil er am leichtesten imstande sein dürfte, eine die Mehrheit im Parlament verbürgende Parteienverbindung zusammenzubringen. Aber einen Parteiführer mit der Regierungsbildung zu beauftragen, von dem nach der Gesamtlage nicht zu erwarten ist, daß er eine Mehrheit finden wird, wäre Torheit. Soll man auf Grund eines nicht bestehenden und niemals niedergelegten Rechts, auf eine reine Rechtskonstruktion hin, die Bildung der neuen Reichsregierung den Deutschnationalen ausliefern? „Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage!“

Nicht bloß innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch würde die Uebertragung der Regierungsbildung an die Deutschnationalen das Reichsinteresse aufs schwerste gefährden. Hergt, der in einer Rede die Möglichkeit der Annahme des Sachverständigengutachtens durch die Deutschnationalen in Erwägung gezogen hat, ist von der Presse seiner Partei aufs schärfste desavouiert worden. Es ist klar, die Partei, zu deren Hauptprogramm und zu deren Hauptagitationsmittel der Kampf gegen die Erfüllungspolitik gehört hat, kann nicht über Nacht plötzlich Erfüllungspolitik treiben, ohne ihre Wähler vor den Kopf zu stoßen. Zumal dann nicht, wenn sie selbst auf Neuwahlen hinarbeitet! Die Zuspitzung des Problems der Regierungsbildung auf die Frage: Nehmen die Deutsch-

nationalen das Gutachten an oder lehnen sie es ab? ist dieser Partei sehr unangenehm. Innenpolitisch ist das Bekenntnis zur Annahme für sie schlechterdings unmöglich, denn die von ihr gegen die Erfüllungspolitik gehetzten Massen ihrer Anhänger würden niemals mitgehen. Aber auch eine Ablehnung schafft der Partei innenpolitisch die größten Schwierigkeiten und macht zudem die Stellung jeder kommenden deutschnationalen Regierung dem Ausland gegenüber unmöglich. Deshalb sucht die Deutschnationale Partei mit aller Macht das Problem von der Reparationsfrage auf das innenpolitische Gebiet zu verschieben; deshalb sucht sie den innenpolitischen Konflikt. Wird die Deutschnationale Partei, wie dies nach den Gesetzen der Logik und Vernunft zu erwarten ist, vom Reichspräsidenten nicht mit der Regierungsbildung betraut (und zwar, weil die Regierung Marx-Stresemann selbst die von ihr betriebene Außenpolitik den neuen Reichstag zur Entscheidung vorlegen wird), so werden die Deutschnationalen dies als einen Bruch der Verfassung und als einen Verstoß gegen das parlamentarische System hinstellen und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln eine „Volksbewegung“ entfesseln. Es wird versucht werden, durch äußeren Druck, durch verhüllte oder unverhüllte Gewaltanwendung das zu erzwingen, was auf dem gesetzlichen Wege nicht zu erreichen ist. Der schwarz-weiß-rote Block der Völkischen oder Deutschnationalen will es auf eine Machtprobe ankommen lassen. Der Putsch steht vor der Tür!

Die Tage bis zum Zusammentritt des Reichstags bringen die schwerste innenpolitische Krisis, die Deutschland bisher erlebt hat; sie werden über das Schicksal Deutschlands entscheiden.

Die der Deutschnationalen Partei nahestehenden Tageszeitungen haben ihre Absichten bisher nur dunkel angedeutet. Ihr Ton ist in den letzten Tagen immer drohender geworden. Der Berliner Lokalanzeiger hat von der Möglichkeit gesprochen, daß „das Volk aufstehen werde“, die Deutsche Zeitung hat schwerste innenpolitische Schwierigkeiten in Aussicht gestellt. Man muß auf die kleineren, für einen engeren und zuverlässigeren Leserkreis berechneten Blätter zurückgreifen, wenn man die in den nationalen Kreisen verfolgten Pläne deutlicher kennen lernen will. In der „Deutschen Treue“, einem Wochenblättchen, das vom „Nationalverband Deutscher Offiziere“ herausgegeben wird, schreibt Major v. Sodenstern, der im Nebenberuf noch politischer Schriftleiter der Deutschen Zeitung ist, folgendes:

„Eine ausreichende parlamentarische Mehrheit zur Regierungsbildung ist im Reichstag so gut wie nicht vorhanden. Die zu bildende Regierung wird daher wahrscheinlich eine Minderheitsregierung sein. Daß sich als solche nicht die Regierung Marx betrachtet, muß unter allen Umständen verhindert werden.

Nach parlamentarischem Brauch betraut nach den Neuwahlen das Staatsoberhaupt den Führer der stärksten Partei mit der Regierungsbildung. Die stärksten, nämlich gleichstarken, Parteien sind unter Hinzurechnung der Landliste die Deutschnationalen und dann ziffermäßig die Mehrheitssozialisten. Herr Fritz Ebert wird natürlich daran denken, den letzteren diesen Auftrag zu erteilen. Aber auch hiergegen gibt es ein Mittel, und es darf kein Mittel, die Machtmittel des Staates in die Hand zu bekommen, unversucht gelassen werden, aus Gründen, die nur angedeutet werden können.

Das ausschlaggebende Element im Staate ist die Wehrmacht; sie muß in die Hände eines national und völkisch unbedingt zuverlässigen Mannes gelegt werden und dieser Mann muß angesichts der uns bevorstehenden Aufgaben ein Fachmann sein. Den General Ludendorff im Reichstage haben, ohne dafür zu sorgen, daß ihm sofort das Amt des Reichswehrmi-

nisters übertragen wird, würde tatsächlich ein Verbrechen am deutschen Volke bedeuten.

Weiter: mit diesem Reichstage ist auf die Dauer nicht zu arbeiten. Entweder er wird baldigst wieder aufgelöst und es werden Neuwahlen ausgeschrieben oder die neue Regierung muß unter Ausschaltung des Reichstages mit Hilfe des Artikels 48 regieren. Jeder einigermaßen politisch Weitblickende wird zugeben, daß weder das eine, noch das andere in Händen einer Marx-Regierung liegen darf.

Schließlich kommt es darauf an, daß im Hinblick auf die außenpolitischen Fragen, die etwaige Wahl eines neuen Reichstages so erfolgt, daß ohne Rücksicht auf falsch verstandene Liberalität der Zersplitterung vorgebeugt wird. Die neue Wahl muß eine Art Stichwahl sein. Man sollte festsetzen, daß Wahlvorschläge nur von solchen Parteien zugelassen werden, die bei der Wahl am 4. Mai (Vorwahl zum neuen Reichstag) mindestens 5 v. H. Stimmen auf sich vereinigt haben; dann bleiben nebenbei immer noch 7 Parteien übrig. Es ist das hart für manche wertvolle Kreise, wie die Deutschsoziale Partei und die Nationalliberale Vereinigung, aber bei einer Wahl mit dem ausgesprochenen Zweck, Klarheit zu schaffen, muß es Leidtragende geben.“

Es ist nicht zu bezweifeln, daß es bei solchen Wahlen viele Leidtragende geben würde. Das ganze deutsche Volk würde dabei der leidtragende Teil sein. Läßt dieses Programm an Klarheit zu wünschen übrig? Erst deutschnationale Minderheitsregierung, in die durch Ernennung Ludendorffs zum Reichswehrminister (welche Schamlosigkeit nach dessen Münchener Entblößung) die Völkische Freiheitspartei einbezogen würde; dann entweder Neuwahlen unter dem Druck der faschistischen Verbände oder noch besser die Diktatur auf Grund des § 48 der gebrochenen Verfassung.

Erkennt man die Gefahr? Deutschland steht vor einer Katastrophe. Nur höchste Energie, größte Besonnenheit und rasche Entschlußkraft der Männer, die heute noch die Regierungsgewalt in der Hand haben, kann das Reich retten. Deshalb: Höchste Bereitschaft, alle Mann auf Deck.

Der deutsch-russische Zwischenfall

Von * * *

Der dem deutsch-russischen Zwischenfall zugrunde liegende Sachverhalt erscheint als eine Wiederholung der Heldentat des Hauptmanns von Köpenick. Man höre (Anlage zur Verbalnote des Ausw. Amts vom 3. Mai): „Zwei Beamte der württembergischen Kriminalpolizei (was später demontiert und dahin richtiggestellt wurde, daß es sich um zwei Stadtpolizisten des württembergischen Oertchens Waiblingen handelte) Grüner und Käser, hatten den Auftrag, den Untersuchungsgefangenen Bozenhardt von Stuttgart über Berlin nach Stargard zu transportieren. Da sie infolge von Zugverspätung den Anschluß nach Stargard versäumt hatten, beabsichtigten sie in der Stadt eine Erfrischung einzunehmen. Auf Anraten des Bozenhardt betreten die beiden Beamten das Gebäude Lindenstr. 3 (stimmt ebenfalls nicht, denn das wäre die Vorwärtsredaktion), in dem sich nach Angabe des Bozenhardt ein geeignetes Erfrischungslokal befinden sollte, ohne zu wissen, daß in dem betreffenden Gebäude eine russische Handelsvertretung untergebracht ist. In einem Empfangsraum, in den sie geführt wurden, rief Bozenhardt den Anwesenden zu: Ich bin Bozenhardt und hier angestellt. Dies sind zwei Polizeibeamte aus Württemberg, die mich

in Württemberg wegen Landesverrats festgenommen haben und nach Stargard bringen, worauf er die Flucht ergriff. An der Verfolgung des Gefangenen wurden die beiden Polizisten durch die anwesenden Mitglieder der russischen Handelsvertretung gehindert und außerdem genötigt, mit ihnen zu einem von ihnen als „Direktor“ bezeichneten Herrn zu kommen. Als die Beamten in dem Zimmer des Direktors angekommen waren, wurde die Tür hinter ihnen verschlossen. Erst nachdem die Beamten genötigt worden waren, ihren Namen aufzuschreiben, wurde die Tür wieder geöffnet und den Beamten gestattet, das Haus zu verlassen.“ Herr Krestinski, der hiesige Botschafter der Union der Sowjetrepubliken, hat es sich natürlich nicht entgehen lassen, auf diese geradezu hahnebüchene Leistung deutscher Polizeiorgane ironisch hinzuweisen und in seiner Note vom 5. Mai sich an den Kopf fassend zu fragen, wie es möglich sei, daß Polizeibeamte ihren Aufenthalt in Berlin dazu verbringen können, um sich unter Führung ihres Gefangenen in Cafés führen zu lassen, anstatt sich auf ein Polizeiamt zu begeben. Er läßt sich auch nicht die Folgerung entgehen, daß „sich anderweitige, mir unbekannt! Beweggründe aufdrängen, die die Schritte der beiden Beamten in unsere Räume gelenkt haben“. Das ist natürlich offensichtliche Demagogie, aber ebenso offensichtlich ist der wirklich unmögliche Zustand, in dem sich das deutsche Polizeiwesen und speziell die Organisation der deutschen politischen Polizei befindet. Bei einem solchen Wirrwarr, solchem Nebeneinander und Gegeneinander der verschiedenen Länderbehörden ist eine einheitliche Politik, und noch dazu Außenpolitik, ein komplettes Unding und muß zu unerträglichen Konsequenzen führen und das Reich neben allen andern tiefgreifenden Schädigungen mit Recht dem Gelächter der ganzen Welt preisgeben. Wir sind leider nicht die angeblich so berühmten Organisatoren. Im kleinen gewiß, aber in der Organisation eines politisch einwandfrei funktionierenden Mechanismus könnten die Botokuden unsere Lehrmeister sein.

Die Konfusion geht dann weiter. Die politische Abteilung der Berliner Polizei nimmt ohne vorherige Benachrichtigung des Auswärtigen Amts eine Haussuchung im zwar nicht exterritorialen, aber immerhin doch privilegierten Gebäude der Handelsvertretung vor, um den entflohenen Bozenhardt festzunehmen und dabei festzustellen, wie es kommt, daß dieser deutsche Staatsangehörige ausgerechnet in der Handelsvertretung der Sowjetregierung Schutz sucht. Diese Inspektion, die sicherlich nichts Neues ergeben und nur bestätigt hätte, was jedes Kind bereits weiß, daß sich in der Handelsagentur eine großartige Propagandazentrale befindet, von der aus Deutschland und seine Nachbarländer für den Bolschewismus reif gemacht werden sollen, wird, ohne ernstlich in Angriff genommen zu sein, abgebrochen. Herr Krestinski reagiert dann auf das polizeiliche Vorgehen, als er erfährt, daß die Polizei bei der Haussuchung natürlich nicht gerade mit Samthandschuhen vorgegangen ist, durch Noten, die in der Schärfe und Dreistigkeit ihres Tones in der Geschichte des diplomatischen Verkehrs zu den Sehenswürdigkeiten gehören.

Soweit handelt es sich um einen Zwischenfall, der gewiß bedauerlich ist, den der Wirrwarr im föderalistischen Deutschland und das Fehlen einer reibungslos arbeitenden Verwaltungsmaschinerie zu diesem Ausmaß hat anwachsen lassen, der aber doch dadurch verschuldet ist, daß Rußland durch seine „Handelsvertretung“ dauernd versucht, seine Staatsform auf illegale Weise bei uns einzuführen und uns mit den Segnungen des kommunistischen Systems zu beglücken. Davon, wie es möglich war, daß ein deutscher Kommunist Asylrecht in der Lindenstr. 25 beanspruchen und finden konnte, schweigt sich die russische Botschaft aus. Immerhin, wenn man entgegenkommend sein will, ist hier Schuld und Sühne gleichmäßig verteilt. Gegenüber dem offensichtlichen Vergehen der russischen Regierung, über das im Ausland nur eine Meinung herrscht, trat eine

polizeiliche Aktion, die ihrerseits wieder die richtige Form verfehlte. Es müßte also leicht sein, diesen Zwischenfall zu beenden und ihn in der Weise unter die Erde zu bringen, wie dies bei allen derartigen Dingen zu geschehen pflegt.

Aber was sehen wir? Die russische Vertretung und die Sowjetregierung machen aus einem lokalen Ereignis eine politische Frage erster Ordnung. Die maßlose Polemik der hiesigen russischen Vertretung, mit der die deutsche Presse bombardiert wird, die Verschweigung der Ursache der ganzen Geschichte, die Drohung mit Abreise (also beinahe Abbruch der diplomatischen Beziehungen), die Schließung aller Handelsvertretungen, die Sperrung aller geschäftlichen Transaktionen, die Inszenierung eines Entrüstungs- und Demonstrationsrummels durch unsere deutschen Moskowiter, ziemliche Brandreden offizieller, russischer Persönlichkeiten nebst fürchterlichen Invektiven der *Istwestija*, ... alles das läßt erkennen, daß Rußland anscheinend die Berliner Köpenickiade zu einer politischen Aktion größeren Stils auswerten will. Will es von Deutschland abrücken und eine neue Politik einleiten?

Die deutsche Presse hat die politische Seite dieses russischen Rummels so gut wie gar nicht behandelt, und sie hat recht daran getan, denn Deutschland hat gewiß kein Interesse daran, daß Rußland seine grundsätzliche freundliche Einstellung zu Deutschland ändert und daß es uns wirtschaftlich seine Türen verschließt. Deutschland hat vielmehr alles Interesse daran, politisch und wirtschaftlich so gut mit Rußland zu stehen, wie das nur möglich ist. Aber andererseits ist man in Deutschland auch von jeder Illusion frei. Rußland wird nur soweit politisch mit Deutschland gehen, wie es seine eigenen Interessen erfordern und gebieten und wir brauchen daher seine Freundschaft nicht mit Opfern zu erkaufen, die uns in eine unerträgliche, unmögliche Lage hineinbugisieren würden. Und diese Opfer heißen: Einführung des Bolschewismus in Deutschland. Freund Rußlands und des russischen Volkes von Herzen gern, aber wenn wir etwaige politische Dienste, die es doch nur tut, soweit sie seinen politischen Zwecken dienen, erkaufen sollen, mit dem Uebergang zum kommunistischen System, dann sagen wir ganz ruhig: wir danken und müssen dann versuchen, unsern Weg auch ohne russischen Beistand zu gehen, von dem, wenigstens in der Öffentlichkeit, allzuviel bislang auch noch nicht sichtbar geworden ist. Und was die wirtschaftliche Seite anlangt, so liegen die Dinge noch viel einfacher. Gewiß ist uns der russische Markt ein willkommenes Betätigungsfeld, aber Rußland braucht uns mindestens ebenso nötig, wie wir Rußland.

Also was soll der ganze russische Spektakel? Es wäre erwünscht, wenn von unserer Regierung den Russen ruhig, aber klar gesagt würde: Wollt ihr den Zwischenfall in der Lindenstraße erledigen, so sind wir zu jedem Entgegenkommen bereit und der Weg dazu, sei es ein Schiedsgericht, sei es eine neutrale Kommission, sei es gegenseitige Revozierungen und Deprezierungen, wird leicht zu finden sein. Wollt ihr aber den von euch erregten Tam-Tam benutzen, um von Deutschland abzurücken, eurer Politik eine andere Grundtendenz geben, dann in Gottes Namen, wir können euch daran nicht hindern und wollen es auch nicht durch eine unterwürfige Haltung in der schwebenden Angelegenheit erkaufen und alle Backpfeifen in stiller Ergebenheit hinnehmen.

Wie der Fall aber auch ausgeht, ob er ein Zwischenfall bleibt, was wir hoffen, oder ob er eine Etappe in unseren politischen Beziehungen zu Rußland bilden wird, was wir bedauern, aber nicht fürchten würden, eins muß nicht nur gelernt, sondern auch geändert werden: Der jammervolle Zustand, daß Lokalbehörden in hoher Politik machen und daß jede Außenpolitik von dem Willen einzelner Ressorts, oder Landesbehörden abhängig bleibt.

Ein Sieg der Vernunft

Von Herman Kranold (Hannover)

Die Vorabstimmung, die am 18. Mai in den fünf Regierungsbezirken Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade und Osnabrück stattgefunden hat, hat der Deutschhannoverschen Partei eine entscheidende Niederlage gebracht. Ihr Erfolg ist in allen fünf Regierungsbezirken weit hinter ihren Erwartungen zurückgeblieben. Im ganzen Abstimmungsgebiet hätte sie 589 600 Stimmen aufbringen müssen, sie hat aber nur 448 961 Stimmen aufgebracht, und also fehlen ihr 140 639 Stimmen an der erforderlichen Zahl. Im einzelnen stellt sich das Ergebnis so, daß einer erforderlichen Anzahl von Ja-Stimmen von 177 403 im Regierungsbezirk Hannover gegenüberstanden 144 818 tatsächlich abgegebene Ja-Stimmen, im Regierungsbezirk Hildesheim waren es statt 122 589 nur 82 691, im Regierungsbezirk Stade statt 89 569 nur 70 882, selbst im eigentlichen deutschhannoverschen Kerngebiet, im Regierungsbezirk Lüneburg, kamen sie nur auf 116 704 Stimmen, während sie 121 226 Stimmen gebraucht hätten; im Regierungsbezirk Osnabrück stand einer erforderlichen Zahl von 79 633 nur eine aufgebrachte Zahl von 33 866 gegenüber. In keinem Regierungsbezirk kam also das erforderliche Drittel zusammen.

Gegenüber den Ergebnissen der Reichstagswahl hat die Deutschhannoversche Partei eine Vermehrung ihrer Stimmenzahl aufzuweisen. Denn am 4. Mai brachte sie nur 298 016 Stimmen auf. Der Zuwachs ist hauptsächlich, wie eine Analyse der Einzelergebnisse zeigt, zurückzuführen auf folgende Umstände:

1. In Hannover und Hildesheim sowie auf dem Eichsfeld hat das Zentrum den Deutschhannoveranern erheblich Stimmen zugeführt. In diesen Gebieten hatte das Zentrum am 4. Mai ungefähr 40 000 Stimmen. Davon sind ungefähr drei Viertel (mindestens) für die Deutschhannoveraner abgegeben worden. In diesen Gebieten hat das Zentrum eine offizielle Parole öffentlich überhaupt nicht ausgegeben, während einer seiner angesehensten Führer, das frühere Mitglied der Deutschen Nationalversammlung Pastor Dr. Maxen, auf eigene Hand öffentlich aufgefordert hatte, mit Ja zu stimmen. Dagegen hat das Zentrum im Regierungsbezirk Osnabrück öffentlich Parole gegen die Deutschhannoveraner ausgegeben und den Antrag mit Einsatz des ganzen Parteiapparats entschieden bekämpft. Das Ergebnis ist, daß von den rund 70 000 Stimmen, die das Zentrum in diesem Regierungsbezirk am 4. Mai aufweisen konnte, nur ein ganz kleiner Bruchteil dem deutschhannoverschen Antrag zugute gekommen ist, den man mit 10 000, also einem Siebentel, wahrscheinlich schon etwas zu hoch ansetzt.

2. Eine zweite Quelle des Zulaufs sind die Deutschnationalen und die Völkischen gewesen. Beide haben zwar Parole gegen den deutschhannoverschen Antrag ausgegeben, die Völkischen allerdings erst im allerletzten Augenblick. An den Kampf haben sich die Völkischen aber überhaupt nicht beteiligt, und die Deutschnationalen haben ihn in den einzelnen Gegenden mit sehr verschiedener Energie geführt. Im Regierungsbezirk Osnabrück haben sie geschlossen ihren ganzen Apparat gegen die Deutschhannoveraner eingesetzt, für das übrige Abstimmungsgebiet dagegen gilt dies nicht durchweg. Namentlich in der Lüneburger Heide haben sie es an Energie stark fehlen lassen. Bemerkenswert ist, daß die Deutschnationalen dort sehr energisch gegen die Deutschhannoveraner vorgegangen sind, wo die Landräte es verstanden, einen entsprechenden Einfluß auf die Deutschnationalen auszuüben; dagegen haben offenbar viele Deutschnationalen ihre Unzufriedenheit mit

politisch links orientierten Landräten durch Stimmabgabe für die Deutschhannoveraner ausgedrückt.

3. In dem bedenkenlosen Bestreben, aus allen Blüten Honig zu saugen, haben die Deutschhannoveraner in den letzten sechs Wochen eine Noske-Hetze unglaublichsten Stils entfaltet. Einzelne törichte Aeußerungen sozialdemokratischer Blätter und Redner über Noskes Person sowie die Absägung Noskes von der Reichstagskandidatur durch den Parteivorstand haben sie dabei kräftig ausgenutzt. Sie spekulierten dabei offensichtlich auf die Instinkte der Kommunisten. Diese haben zwar als Partei sehr entschieden Parole gegen den deutschhannoverschen Antrag ausgegeben, einen eigentlichen Kampf aber nicht geführt, und offenbar ist eine ganze Anzahl ihrer Anhänger denn auch wieder richtig der Noske-Psychose erlegen. Trotzdem kann auch von einem geschlossenen Abschwenken der Kommunisten zu den Deutschhannoveranern nicht die Rede sein. Allerhöchstens ein Drittel ihrer Leute ist auf den Leim gekrochen.

4. Die Demokraten haben Parole gegen den Antrag ausgegeben und sich, soweit ihr organisatorischer Apparat reichte, an dem Kampf gegen den Antrag tätig beteiligt. Eine Ausnahme machte nur der frühere demokratische Reichstagsabgeordnete Heile, der es fertigbrachte, in den letzten Tagen des Kampfes gegen den ausdrücklichen Willen seiner Partei für den deutschhannoverschen Antrag agitierend durchs Land zu ziehen. Es scheint aber nur eine ganz kleine Minderheit der Demokraten ihm gefolgt zu sein.

5. Als absolut giftfest gegen die deutschhannoverschen Bestrebungen haben sich die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokratische Partei erwiesen. Ihre Presse, ihr Organisationsapparat, ihre Redner sind die Hauptträger des Kampfes gewesen und dürfen den Erfolg vom 18. Mai in der Hauptsache sich zugute rechnen. Daß sie als Flügelparteien der Großen Koalition mit dem heutigen Preußen im großen ganzen innerlich einverstanden sind, hat ihrer Arbeit einen Schwung und eine Stoßkraft verliehen, gegen die selbst der Fanatismus der deutschhannoverschen Scheuklappenträger nicht aufkommen konnte.

Dieses Abstimmungsergebnis darf als ein Sieg der Vernunft gebucht werden — ein erfreuliches Ereignis in einer Zeit, die uns mit Göttergeschenken dieser Art sonst recht spärlich bedenkt. An sich schien der Kampf gegen die deutschhannoverschen Bestrebungen zunächst beinahe aussichtslos. Denn er war ein Kampf der sachlichen Argumente gegen die Macht der Gemüter. Die Neigung eines großen Teils der hannoverschen Bevölkerung, alle Dinge großen Ausmaßes in Splitterchen zu zerlegen und dadurch der sehr geringen Weite ihres geistigen Horizonts anzupassen, fand einen Bundesgenossen in all der Not, in all dem Elend, in all den Unbequemlichkeiten und tagtäglich wiederholten Misereen dieser letzten zehn Jahre. Berlin, aus den Zeiten des königlichen Preußentums namentlich durch seine Ungeschicklichkeit in der Menschenbehandlung bei weiten Kreisen der hannoverschen Bevölkerung gründlich unbeliebt, wurde nun die Ablagerungsstätte für allen Mißmut, alle Trauer, alles Mißtrauen, allen Zorn und Groll von Leuten, die es schwer hatten in diesen Jahren, und die dem Riesenformat des weltgeschichtlichen Geschehens dieser Zeit geistig nicht gewachsen waren. Der enge Sinn dieser Leute ließ sie an sich selbst, an ihre Sippe, an ihren Stamm wie an etwas Besonderes glauben; die inbrünstige Ueberzeugung, ein auserwähltes Volk zu sein, verschärfte durch verletzte Hochmut alle objektiven Leiden dieser Jahre zu schweren persönlichen Kränkungen. Der echte Deutschhannoveraner nahm Berlin die Kümernisse der Jahre 1914 bis 1924 persönlich übel. Dagegen

mit Vernunftgründen anzukommen, schien schwierig, ja es mußte hoffnungslos scheinen in einer Zeit, in der auch sonst im politischen Leben geistige Seuchen die Massen vielfach zu besonnener politischer Leistung unfähig gemacht haben.

Selbst der, der demokratische Staatsorganisationen für eine Forderung des Rechts hält, hat in den letzten Jahren allmählich eingesehen, daß sie jedenfalls, vom Standpunkt politischer Technik betrachtet, in den Händen eines solcher Freiheit ungewohntes Volkes ein zweischneidiges Schwert ist. Auch der Blindeste ist durch die Verhinderung des Sozialismus in Deutschland durch das Stimmrecht der Frauen und Jugendlichen darüber völlig aufgeklärt worden. Dazu kam die ebenfalls in der Hauptsache an das Gemüt, ja an noch viel bedenklichere Instinkte noch appellierende Agitation aus Anlaß der Reichstagswahlen. Alles dies machte den Kampf außerordentlich schwierig. Daß er trotzdem gelungen ist, ist im wesentlichen den folgenden Umständen zu danken, und es ist ein für allemal lehrreich, das hier festzuhalten:

1. Die seelische Neigung zum Kleinbetrieb ist auch bei den Deutschen heute im Rückgang. Der Kapitalismus und der Weltkrieg haben den Blick der Menschen geweitet und sie an größere Verhältnisse gewöhnt. Der Nebel des Unheimlichen, der große Staatswesen wie große Wirtschaftsbetriebe umgab, beginnt zu weichen, und Tageslicht fängt an, in bis dahin sehr dunkle Winkel der politischen Seele zu dringen.

2. Der Fanatismus der deutschhannoverschen Agitation hat sich überschlagen und sich dadurch zum guten Teil um seine Wirkung gebracht. Rücksichtslos haben die Deutschhannoveraner ungefähr zwei Dutzend Paragraphen des Strafgesetzbuchs verletzt, gewissenlos haben sie andere zur Verletzung der Gesetze verführt. Dagegen lehnt sich auch das Gefühl der Volksmassen allmählich auf in einer Zeit, in der die praktische Bedeutung der Rechtssicherheit für das Leben jedes einzelnen den großen Volksmassen klar zu werden beginnt.

3. Die ökonomischen Interessen der Bevölkerung Hannovers stehen allzu deutlich gegen die deutschhannoverschen Bestrebungen. Nichts hat auf die Dauer den Deutschhannoveranern mehr geschadet als ihr unverantwortliches Spiel mit dem Gedanken der Loslösung Hannovers von der übrigen deutschen Wirtschaft. Die Gesundung der Währung in den letzten Monaten hat den Menschen neue Hoffnungen erschlossen. Der deutschhannoversche Antrag war im Grunde an dem Tage verloren, an dem der erste Rentenmarkschein in Umlauf gesetzt wurde. Und allzu deutlich für das Gedeihen der deutschhannoverschen Agitation kam diesmal die wirtschaftliche Rettung aus Berlin.

4. Die Deutschhannoveraner haben versucht, in allen Wassern gleichzeitig zu fischen. Völkisch und kommunistisch, sozialdemokratisch und deutschnational wollten sie zu gleicher Zeit sein, und so verdarben sie es mit allen. Nie hat das Wassertragen auf beiden Schultern an einer Partei sich bitterer gerächt als an dieser.

5. Schließlich ist es die Parteidisziplin gewesen, die Preußen gerettet hat. Die Parteien, die das heutige Preußen beherrschen, haben das Wichtigste aufzuweisen gehabt, was es im politischen Leben gibt: den Erfolg. Hohnlachend konnten sie die deutschhannoverschen Agitatoren heimschicken, die der Masse versprachen, aus dem „freien“ Hannover eine Ordnungszelle machen zu wollen. Denn in Hannover funktionierte der Verwaltungsapparat, herrschte Ordnung und galten Verfassung und Gesetz.

Dieser Erfolg, der Erfolg der staatsmännisch schaffenden Vernunft, hat die Abstimmungsschlacht vom 18. Mai entschieden. Und damit hat die Demokratie in Deutschland ihr erstes Reifezeugnis erworben. Mögen bald weitere ihm folgen! Wir können es brauchen.

Britisch-Südafrika

Von Albin Michel

Seit vor jetzt 270 Jahren holländische Ansiedler an der Tafelbai die erste Ansiedlung gegründet haben, hat Südafrika eine sehr wechselvolle Geschichte durchgemacht. Wie jede koloniale Eroberung, hat auch die Eroberung Südafrikas und die Vorschlebung der Grenze viel Blut gekostet. Den Kampf gegen die eingeborenen afrikanischen Völker haben die holländischen Ansiedler, ebenso die miteingewanderten Franzosen und die Deutschen, die als Soldaten der Holländisch-Ostindischen Kompagnie hier zurückgeblieben waren, mit besonderer Grausamkeit geführt, denn im Kapland wurde eine Ansiedlungskolonie für Weiße geschaffen; hier kam es in erster Linie nicht darauf an, die farbigen Eingeborenen zu beherrschen und auszubeuten, sondern sie zu verdrängen und zu vernichten, das Land einzunehmen. Aber der Kampf in Südafrika ging nicht nur gegen die eingeborenen Volksstämme, gegen Hottentotten, Kaffern, Zulu, Basutos, Betschuanen usw., hier entwickelten sich auch sehr hartnäckige Kämpfe zwischen den Engländern und den Nachkommen der andern europäischen Völker, die zuerst Einwanderer gestellt und das außertropische Afrika zu einer Ackerbau- und Viehzuchtcolonie umgewandelt hatten. Ein Teil dieser Kämpfe, die Errichtung der Englisch-Südafrikanischen Gesellschaft durch Cecil Rhodes, die Gründung Rhodesias, der Krieg zwischen den Burenstaaten und England, schließlich die Einverleibung Transvaals und des Oranje-Freistaats in das englische Gebiet, ist vielen noch im Gedächtnis.

Von der Mitte des 17. Jahrhunderts bis in die 60er Jahre des 19. Jahrhunderts, also in einem Zeitraum von mehr als 200 Jahren, blieb das ganze bekannte südafrikanische Gebiet eine Kolonie, in der fast ausschließlich Ackerbau und Viehzucht getrieben wurden. Politisch war zwar insofern eine Aenderung eingetreten, als England das Kapland im Jahre 1806 endgültig seinem Kolonialgebiet eingegliedert hatte, aber in der wirtschaftlichen Struktur des gesamten Gebietes zeigten sich nicht die geringsten Aenderungen. Auch die Buren, die sich der Beherrschung durch die Engländer entzogen und „trekktten“, sich neue Niederlassungen schufen, haben wieder Ackerbaukolonien gegründet. Dieser Periode hat das Jahr 1866 ein Ende gemacht.

Nachdem in den folgenden Jahren im Griqualand Diamanten, im Maschonaland und in Transvaal Gold gefunden worden war, begann eine Zeit der Hochfinanz und der Gründungen, die ganz Südafrika in einem halben Jahrhundert völlig umwandelte. Zwar blieben Ackerbau und Viehzucht noch immer wichtige Produktionsgebiete, aber die Jagd nach dem Gold und nach den Diamanten brachte doch ein Element der Unruhe und der Umwälzungen in das ganze Gebiet. Hatten die Länder Südafrikas vorher langsam, aber stetig an Wohlstand zugenommen, allerdings oft unter grausamer Vernichtung der Eingeborenenvölker, so begann jetzt eine Jagd nach dem Reichtum, wie sie in gleicher Heftigkeit, in gleicher Nichtachtung von ethischen, moralischen und humanitären Hemmungen nur noch auf den Gold- und Diamantenfeldern anderer Erdteile beobachtet worden ist. Bald zeigte sich eine starke Einwanderung. Johannesburg, im Jahre 1886 gegründet, wurde rasch Großstadt und hat heute mehr als 300 000 Einwohner. Es wuchs die Zahl der weißen Bevölkerung, aber noch mehr nahmen die Farbigen an Zahl zu. Nicht nur Schwarze, auch Gelbe wurden zur Minenarbeit herangeschafft.

Im Jahre 1909, mit Wirkung vom 31. Mai 1910, wurde die Südafrikanische Union (Union of South Africa) geschaffen, ein Staatenbund, dem die Kapkolonie, Natal, Transvaal und der Oranje-Freistaat angehören. Der wichtigste Staat dieser Union ist immer noch die Kapkolonie mit einem Umfang von 717 000 qkm und mit einer Bevölkerung

von 2 782 000 Personen, darunter 652 000 Weißen. Dann folgt Transvaal mit einem Umfang von 286 000 qkm und mit einer Bevölkerung von 2 088 000 Personen, darunter 544 000 Weißen. Insgesamt hat die Südafrikanische Union einen Umfang von 1 225 000 qkm. Die Gesamtbevölkerung stellt sich nach der letzten Zählung auf 6 926 000, darunter sind 1 522 000 Weiße. Das übrige Britisch-Südafrika, Betschuanenland, Rhodesia, Swasiland und Basutoland, ist 1 898 000 qkm groß und hat 2 524 000 Bewohner, darunter aber nur 42 000 Weiße. Rechnet man dem britischen Besitz in Südafrika noch Deutsch-Südwestafrika mit 835 000 qkm und mit 237 000 Bewohnern hinzu, so hat dieser eine Ausdehnung von 3 958 000 qkm und eine Einwohnerzahl von 9 689 000, und zwar 8 106 000 Farbige und 1 583 000 Weiße. Auf je 100 Bewohner kommen 16 Weiße. Für den letzten Krieg stellte die Südafrikanische Union allein mehr als 136 000 weiße Soldaten, wovon allerdings die meisten in Afrika selbst verwendet wurden. Nur rund 27 000 Mann wurden auf den europäischen Kriegsschauplatz geworfen.

Die Nachwirkungen des Krieges waren auch für das südafrikanische Gebiet schwer. Einfuhr und Ausfuhr waren bedeutend zurückgegangen. Wolle war schwer verkäuflich und brachte nur einen geringen Preis, für Häute und Felle bestand zunächst nur wenig Bedarf, für Gold und Diamanten war ein ganz gewaltiger Preissturz eingetreten, der Etat des Südafrikanischen Staatenbundes zeigte ein enormes Defizit. Die Folge waren große Lohnherabsetzungen, eine Verdrängung der weißen durch die billiger arbeitenden farbigen Arbeiter und eine starke Beunruhigung und Unzufriedenheit in allen Bevölkerungskreisen. So kam es im Frühjahr vor zwei Jahren in Transvaal zu einer ziemlich gefährlichen Revolte.

Heute dürfte die wirtschaftliche Krise in Südafrika zum größten Teil überwunden sein. Was speziell die Industrie Südafrikas anbetrifft, so ist für die letzten Jahre eine starke zahlenmäßige Zunahme der Betriebe und der Industriearbeiter festzustellen. Seit dem Jahre 1916 hat die Zahl der gewerblichen und industriellen Betriebe zugenommen von 4000 auf 7000. Die Zahl der Industriearbeiter hat sich vermehrt von 100 000 auf 180 000. Die farbigen Arbeiter haben jedoch weit mehr zugenommen als die weißen. Einer Vermehrung der weißen Arbeiter von 40 000 auf 60 000 stand eine Zunahme der farbigen Arbeiter von 60 000 auf 120 000 gegenüber. Eine rasche Zunahme zeigt in Südafrika die Eisenindustrie. Schon im Jahre 1919 wurde der Wert des erzeugten Roheisens mit 8,5 Mill. Goldmark angegeben. Seit diesem Jahre hat die Eisenindustrie weitere Fortschritte gemacht. Das Ziel ist darauf gerichtet, diese Industrie so auszubauen, daß für ganz Britisch-Südafrika, einschließlich des Bedarfs an Eisenbahnschienen, keine Stahl- und Eiseneinfuhr mehr notwendig ist. Aber nicht nur in der Industrie hat Südafrika noch große Zukunftsmöglichkeiten, auch Ackerbau und Viehzucht, namentlich die Schafzucht, stehen noch in der Vorwärtentwicklung.

Der Geburtenüberschuß, hauptsächlich in der Südafrikanischen Union, ist ziemlich hoch, jedenfalls höher als in andern englischen Kolonien. Wenn die Einwohnerzahl im letzten Jahrzehnt nicht noch viel stärker gestiegen ist, so ist dies auf die Kriegswirren und auf den Umstand zurückzuführen, daß während der wirtschaftlich ungünstigen Jahre die Einwanderung durch die starke Auswanderung so ziemlich ausgeglichen worden ist. Falsch dürfte die Annahme sein, daß ein Aufhören der Gold- und Diamantenfunde für Südafrika wieder ein Zurückwerfen um Jahrzehnte bedeuten würde. Das könnte höchstens für einige Orte, wie für Johannesburg und noch einige Minenbezirke, zutreffen, als landwirtschaftliches Kolonialland wird Südafrika auch ohne Gold- und Diamantfelder noch weiter an Wichtigkeit zunehmen. Vielleicht würde sogar ein Aufhören der Gold- und Diamantenfunde die Erschließung Südafrikas beschleunigen.

Krisis der Gewerkschaften

Von Dr. Georg Berger, Bochum.

Die Zeit der großen Gärung, in der wir leben, löst sich in eine Reihe von Teilkrisen in fast allen Lebensbeziehungen unseres Volkes auf. Die Gewerkschaften konnten von den Stürmen, die an den Grundmauern unseres materiellen Daseins und geistigen Lebens rütteln, nicht verschont bleiben. Zweifacher Art ist die Krisis, einmal äußerlich im Apparat und dann in der Sinnggebung dieser äußeren Form: der Zielsetzung der Massensehnsucht. Form und Inhalt bedingen sich gegenseitig, werden aber auch bedingt durch von außen hereingetragene Impulse. Der Niedergang unseres Volkes nach dem verlorenen Kriege, leiblich und seelisch, hat auch das Gesicht der deutschen Gewerkschaften entscheidend verändert. Sie wurden zur Retorte, in der Grimm und Leidenschaft, jahrelang gespeicherter Groll und geschwellte Hoffnungen Millionen Enterbter, Entwurzelter, Glückarmer brodelten und sich in staats- und wirtschaftspolitische Forderungen umzusetzen trachteten. Ehedem im wesentlichen Kontrahent des freien Marktverkehrs in der Ware Arbeitskraft, oder wie man sonst ihre volkswirtschaftliche Funktion definieren mag, sahen sich die Gewerkschaften nach dem Kriege vor Aufgaben umfassenderer Art gestellt. Staats- und wirtschaftspolitische Massenwillensprägung und Willensdurchsetzung wurde ihnen als Zusatz —, zeitweise als beherrschendes Problem gestellt, nachdem die Umwälzung den Start dazu freigegeben hatte. Die Massen, denen die politische Entscheidungsgewalt vorübergehend zugefallen war, wollten nunmehr auch das volle Bestimmungsrecht über die Wirtschaft besitzen. Diktaturpläne und Räteaufbau waren der Ausdruck dafür. Entwicklung ist in der Richtung der Kräfte diagonale verlaufen, die politisch in der Errichtung der demokratischen Republik mündete, wirtschaftlich in dem Gedanken der Mitbestimmung und Mitverantwortung. Uebrigens war durch die Bildung der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern dieser Weg andeutend vorgezeichnet. Diese Problemstellung hat die Gewerkschaft in ihrem innerlichen Wesen umgeformt — einige meinen, denaturiert.

Ein Quellpunkt der gegenwärtigen Krisis liegt hier zweifellos; fraglich, ob insofern, daß jenes Problem nicht in den Wesenskreis der Gewerkschaften gehört, vielmehr zur ureigensten Domäne der politischen Parteien, oder insoweit die Technik der versuchten Problemlösung in Betracht kommt. Man weiß, daß Nebenerscheinungen, Nebeneinflüsse und Nebenwirkungen das Problem verzerrten, oft bis zur Unkenntlichkeit. Die Inflation, die kommunistische Agitation, der Kampf der Wirtschaftsleiter gegen den demokratischen Staat, außenpolitische Demütigungen, innere Unruhen und nicht zuletzt der zusammengeschrumpfte Nahrungsmittelspielraum schufen Zwangsläufigkeiten auch für die Einstellung der Gewerkschaften — Reflexe an Stelle von Eigeninitiative. Es ist die große Frage, ob die volkswirtschaftliche Funktion der Gewerkschaften als Organisationen zur Beeinflussung des Arbeitsmarktes als Lohnkartelle mit dem Ziel: Lohn und Arbeitsverhältnisse materiell, sozial-rechtlich und kulturell möglichst günstig zu gestalten, zu verbinden ist, mit der höheren Aufgabe der Formung und Erfüllung des Massenwillens, der Massensehnsucht. Die Frage ist nicht neu, sie wurde schon 1864 in der Inauguraladresse der internationalen Arbeiter-Assoziation von Marx aufgerollt: „Abgesehen von ihren ursprünglichen Zwecken müssen die Gewerkschaften nunmehr lernen, bewußterweise als Brennpunkte der Organisation der Arbeiterklasse zu handeln, im großen Interesse ihrer vollständigen Emanzipation.“ Setzt man für „vollständige Emanzipation“ als nicht konkret zu beschreibendes Endziel das dynamische

Prinzip der Höherentwicklung der Arbeiterklasse, so erhält man die gleiche Fragestellung, und zwar bejaht. Allerdings rückt Marx an der gleichen Stelle die Kategorie der Quantität in den Vordergrund: „Die einzige soziale Macht auf der Seite der Arbeiter ist ihre Masse“ — eine Anschauung, die nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht zu halten ist, die aber tief in die Gedankenwelt der Gewerkschaftler eingegangen ist, wie der ehrliche und unehrliche Ruf der Einheitsfront zeigt. Der Umschlag der Quantität in die Qualität ist zwar erfolgt, aber nicht in dem zukunftsreichen Sinne der Marxschen Deduktion. Hier ist der springende Punkt zum Verständnis der Nachkriegsentwicklung der Gewerkschaften und ihrer jetzigen Nöte.

Scharen neuer Mitglieder strömten den Gewerkschaften nach der Umwälzung zu, und mag auch die Zahl der höchsten zahlenmäßigen Blüte vorbei sein, so ist doch nach den letzten Ziffern wahrscheinlich, daß trotz aller Absplitterungen das Gros des Zuganges gehalten wurde. Der Rückgang hat sich hauptsächlich auf Kosten der neuen Elemente der Bewegung vollzogen. Damit hat aber die oben gestellte Frage nichts an Bedeutung eingebüßt.

Die Arbeiter, die sich neu den Gewerkschaften anschlossen, waren heterogene Elemente von ungleicher Psychologie. Unberührt von dem Erfahrungskreis, vom Wissen um das Wesen und die Wirksamkeit der modernen Gewerkschaften kamen sie zu den Verbänden und wurden gleichsam über Nacht zu klassenbewußten Proletariern. Der Sprung, von dem individuellen Niveau auf das soziale kam für die meisten zu unvermittelt. Es war ein Sprung nach oben. Die Eigenschaften, die in der Stammanschafft der Gewerkschaften — Verantwortungsgefühl des einzelnen um das Ganze, positive, soziale Bewußtseinsinhalte — längst ausgebildet waren, fehlten den Novizen. Sie kamen erlebnisdurstig; die Vitalität des Individuums wie der Masse war nach dem Abwerfen der Kriegsfessel mächtig gesteigert. Das Tempo der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung dünkte ihnen zu langsam, ihre Ungeduld wollte die nahe geglaubte Erfüllung langgehegter Wünsche und individueller Vorstellungen greifen, — ohne zu begreifen. Hier ist die Hauptwurzel des Radikalismus, der durch die Novizen in die Gewerkschaften hereingetragen wurde. Der nüchternen praktischen Tagesarbeit standen sie ohne Verständnis gegenüber, sie, die nur auf kurze Perspektiven eingestellt waren. Der Zusammenbruch der Spartakusbewegung im Januar 1919 war der Bankrott des politischen Radikalismus, der sein Feld dann in die Gewerkschaften verlegte, um diese zu revolutionieren, also in der Wirtschaft das zu erreichen, was ihm in der großen Politik versagt blieb. Mit dem Kriege war der Gedanke der Autorität zusammengebrochen und so trat auch in den Gewerkschaften der Einfluß der hervorragenden Persönlichkeiten stark zurück. Der Apparat der Gewerkschaften, zugeschnitten auf eine auserlesene Zahl von Anhängern, denen die Organisation kein Zweckverband zur Verfolgung von Klasseninteressen war, sondern Ausdruck schicksalhafter Verbundenheit, war der Regulierung dieses wild pulsenden Stromes nicht gewachsen. Man erweiterte ihn, so wie es die augenblicklichen Bedürfnisse erforderten — mehr ein Schwellen, denn planmäßiger Ausbau. Die Zusammenhänge der einzelnen Glieder lockerten sich; leicht verloren die Zentralen den Ueberblick und die Zügel. Die Wiederherstellung der notwendigen Verknüpfungen stieß auf mannigfaltige Schwierigkeiten. Die Instanzen wurden Kampfobjekte, um sie, aber weit mehr gegen sie, die der Ausdruck der entpersönlichten Funktionen waren, begann ein Ringen und Revoltieren. Vor rücksichtslosen Disziplinierungen schreckte man zurück; man war befangen vom Evangelium der Zahl, der Zahl der Mitglieder als Voraussetzung des Erfolges. So schlich die Krisis dahin. Die ungünstige politische und ökonomische Gesamtlage verstärkte sie. Die Arbeit für den Tag nahm gefangen,

aneinandergereichte Tarifverhandlungen machten bald den Hauptinhalt der Gewerkschaftsarbeit aus, die aber doch der Mehrzahl der Mitglieder fremd bleiben mußte. Der Massenführer wurde zum Tarifroutinier, Führerqualitäten mußten in der mechanisierten Technik der Lohnbewegungen verkümmern. Der Führer wurde Mandatar der Masse und nicht selten wurde das in den Gewerkschaftsversammlungen von den Mitgliedern besonders unterstrichen.

Es waren nicht wenige, die erkannten, daß damit die Gewerkschaftsbewegung auf eine schiefe Bahn gedrängt war. Durch Kurse, Entsendung zu Wirtschaftsschulen, Veranstaltung von Vorträgen, Herausgabe belehrender Literatur suchte man das einzuholen, wozu die Tageslasten keinen Raum ließen: Formung des Massenwillens. Nicht immer ging man mit dem erforderlichen pädagogischen Geschick zu Werke — die Schwierigkeiten dabei liegen auf der Hand. Erziehung zur Sachlichkeit, Nüchternheit und Ritterlichkeit ist notwendig; Tatsachenübermittlung, wirtschaftliches Sehen üben, sind die Wege dazu. Der Ausbau des Bildungswesens ist keine Angelegenheit nebenbei. Berechtigt erscheint die Frage, ob Kenntnisvermittlung zur Entspannung der in den Gewerkschaften selbst vorhandenen Gegenkräfte führt und die Kampfkraft nach außen erhöht. Positive Erfahrungen lassen diese Frage bejahen — der Schluß aus dem Negativen liegt nahe. Den Großteil der Gewerkschaftsarbeit der nächsten Zeit wird der innere Ausbau durch Bildungsarbeit einnehmen. Das ist das wirklich Entscheidende für gewerkschaftliche Erfolge, eine Gefolgschaft zu haben, die geschult ist am Tatsächlichen, orientiert an den großen Idealen, die der Arbeiterbewegung von jeher Schwungkraft verliehen haben und sich fassen lassen in dem Wort: Wiederaufbau der Menschlichkeit. Die Gewerkschaften müssen, und hierbei können sie sich im guten Sinne auf Marx berufen, die ganze Welt zur Ueberzeugung bringen, daß ihre Bestrebungen, weit entfernt, engherzig und selbstsüchtig zu sein, Freiheit, Gerechtigkeit und Würde der arbeitenden Menschen zum Ziele haben. Nicht die Zahl, der Geist der Mitglieder ist entscheidend. Die im Grunde kleinbürgerliche Auffassung der Gewerkschaften als Interessengemeinschaften, als Standesbewegung verkennt ihre historische Aufgabe. Auch die Gewerkschaften sind durch eine Inflation gegangen, die man etwa so definieren kann: Mitgliederzuwachs ohne inneren Gewinn. Jetzt ist die Zeit der Stabilisierung, der Festigung der Organisationen. Kleiner, aber geschlossener und darum stärker werden die Gewerkschaften aus ihr hervorgehen und damit einen guten Teil zur Gesundung unseres Volkslebens beitragen.

Sozialdemokratie und Akademiker

Von Staatsanwalt Marx (Heidelberg)

Die Schriftleitung nimmt an, daß der nachstehende Aufsatz mancherlei Widerspruch erwecken wird; sie ist selbst nicht mit allem, was Marx sagt, einverstanden. Aber in vielem hat der Verfasser recht. Wer ihm entgegenzutreten oder ihn ergänzen will, kann hier zum Wort kommen.

Die Zahl ist im politischen Leben von außerordentlicher Bedeutung. Insbesondere gilt dies in einer Zeit, in der das Majoritätsprinzip über die Machtverteilung im Staate entscheidet. Jede Partei wird daher notwendig zu dem Streben geführt, die Zahl ihrer Anhänger nach Möglichkeit zu vermehren. Indessen kann es doch zu verhängnisvollen Folgen führen, wenn eine Partei die Bedeutung der Masse als solcher überschätzt und deren Zusammensetzung keine oder wenig Beachtung schenkt. Die große Zahl der Anhänger ist nur eine Voraussetzung für partei-

politische Macht. Sie genügt aber nicht allein, um die Macht zu erringen, noch weniger, um sie zu erhalten. Macht ist Beherrschung des Staates, ist Durchdringung des gesamten Organismus, des Staates mit einem bestimmten Willen, der der Wille eines einzelnen, einer bestimmten Richtung, einer bestimmten Partei sein kann. Im modernen, mit einem komplizierten bürokratischen Apparat ausgestatteten Staatswesen kann der Wille einer Partei nur dann Aussicht haben, sich auf die Dauer bestimmend durchzusetzen, wenn die Partei in der Lage ist, geistige Kräfte in den Apparat einzusetzen, die in ihrem Sinne wirken. Noch aus einem anderen Grunde ist Masse allein ungenügend. Masse und vor allem proletarische Masse bedeutet nicht ohne weiteres geistige, insbesondere schöpferische Kräfte. Es ist ein glückliches Schicksal, dem man dankbar sein muß, wenn sie naturhaft daraus erstehen. Jede Partei muß daher bestrebt sein, sie sich heranzuziehen, damit sie nicht durch die negativen Kräfte, die in der Masse liegen, Starrheit und Doktrinarismus, die Unfruchtbarkeit und Zersetzung im Gefolge haben, erdrückt werde.

Mit dem bescheidenen Maß von Einseitigkeit, die auch der maßvollsten Kritik eigen ist, glaube ich sagen zu können, daß es zu tiefst in einer generellen Personenfrage begründet liegt, wenn die Sozialdemokratie nicht alle Hoffnungen, die auf sie gesetzt wurden, zu erfüllen in der Lage war. Ihre Einstellung zu den geistigen Arbeitern, den sog. Intellektuellen, die in Deutschland mehr als in anderen Ländern in der Akademikerschaft zu Hause sind, war fehlerhaft.

Die Väter der deutschen Arbeiterbewegung waren Akademiker, die von den Hochschulen kamen und — aus den sog. bürgerlichen Schichten hervorgegangen waren, wie überhaupt die deutsche Arbeiterbewegung ein gut Stück Wegs mit dem bürgerlichen Liberalismus zusammengegangen ist. Erst Lassalle führte die grundsätzliche Scheidung herbei. Mit dem Wachsen der Bewegung, vor allem der sozialdemokratischen Partei wurde der Einfluß der Akademiker immer mehr zurückgedrängt. Ganz im Gegensatz zu den Verhältnissen in der Arbeiterbewegung anderer Länder, insbesondere Oesterreichs und Englands. Psychologisch ist der Zustand in Deutschland wohl daraus herzuleiten, daß der Kampf für die Partei unter dem Sozialistengesetz vornehmlich von dem Handwerksmann im eigentlichen Sinne des Wortes zu erfolgreichem Ende geführt wurde und daraus die Anschauung erwuchs, daß man der hochschulmäßig vorgebildeten Kräfte nicht dringend in der Partei bedürfe. Dieser Auffassung entgegenstehende Bestrebungen wurden auf dem Dresdener Parteitag von 1903 in einer für die weitere Entwicklung der Partei entscheidenden Weise geschlagen. Nicht als ob man in der folgenden Zeit geistige Kräfte von Bedeutung, die zur Partei kamen, zurückgewiesen hätte. Aber der durchschnittliche Akademiker hatte in der Partei nichts zu erwarten, er wurde in der Regel dem Gewerkschaftsführer, der von der Pike auf gedient hatte, hintangesetzt. Was aber noch wesentlicher war: man warb von seiten der Partei nicht um die Akademiker. Sozialismus, das war die weitverbreitete Ueberzeugung, werde vom Proletariat allein erreicht werden, um so mehr als er ja nach der Marxschen Lehre, so wie sie von den meisten verstanden wurde, dem Proletariat auf Grund der im Gange befindlichen Entwicklung eigentlich als reife Frucht ohne weiteres Zutun in den Schoß fallen mußte. Der Akademiker andererseits, dem zu den Schwierigkeiten, die ihm aus einer Zugehörigkeit zu der sozialistischen Partei vor dem Kriege erwachsen, durch die Haltung der Partei die politische Laufbahn fast unmöglich gemacht wurde, verzichtete, selbst wenn er gesinnungsmäßig der Partei sehr nahe stand, lieber auf politische Betätigung und war bei einer bürgerlichen Fortschrittspartei, bei der ihm die geistigen Interessen besser gewahrt zu sein schienen, als Mitglied eingetragen. So kam es, daß der Sozialdemokratie der akademische Nachwuchs so gut wie vollständig fehlte. Das mochte gerade noch

erträglich sein, solange sich die Partei ausschließlich in Opposition befand, obwohl es sich auch da je länger je mehr unangenehm fühlbar machte. Es wurde aber verhängnisvoll, als die Partei vor der Notwendigkeit stand, die Regierung des Reiches und der Länder zu übernehmen.

Als die Staatsumwälzung über Deutschland hereinbrach, hatte die Sozialdemokratie zwar eine Menge von Leuten, die sie als Minister präsentieren konnte, aber keine Ministergehilfen, d. h. Männer, die in der Lage gewesen wären, durch Uebernahme der leitenden Beamtenstellen den Behördenapparat zu übersehen und zu beherrschen. Es drängten sich zwar eine Menge ehrgeiziger Streber schnell heran, die die Konjunktur, Karriere zu machen, nicht ungenutzt vorüber gehen lassen wollten. Darunter befanden sich viele Leute, deren Gesinnung ihrer politischen Parteinahme nicht entfernt entsprach. Sie haben — allerdings unter schwerer Schädigung des Ansehens der Akademiker in den Augen weitester Parteikreise — ihren Novemberirrtum längst wieder berichtigt.

Jedenfalls befanden sich die sozialdemokratischen Minister, zum mindesten die im Reich, in den Händen einer dem neuen Staate wie den Regierenden innerlich durchaus ablehnend gegenüberstehenden Bürokratie, die um so mächtiger war, je öfter die Minister wechselten. Es gab Ministerien, in denen ganz rechts stehende Beamte ausschlaggebend waren. Noch schlimmer als in den Ministerien war es häufig, ja, man kann wohl sagen meist, in den Außenstellen. In dem Gegeneinander der Bestrebungen hatten in aller Regel, insbesondere nachdem Koalitionsministerien gebildet wurden, die sozialdemokratischen Minister die schwächere Position. Unter ihren Händen glitt, durch die Verhältnisse bedingt, nicht durch ihre Schuld, die Richtung der Regierung im Reich — und das ist jetzt entscheidend — immer mehr nach einer ihrem Willen entgegengesetzten Seite. Ein Minister ohne einen Stab von Mitarbeitern, die seine politischen Ziele unterstützen, kann zwar regieren, aber den Staat zu beherrschen, wird er nicht vermögen. Nur so ist es verständlich, daß der neue Staat nie mehr sabotiert wurde als in den Zeiten unmittelbar nach der Staatsumwälzung, als die sozialistischen Parteien auf dem Höhepunkt ihres Erfolges zu stehen schienen. Wir befänden uns jetzt nicht einer so heftigen sozialen Reaktion gegenüber, die in den Kreisen der Arbeiterschaft die starke Erbitterung gegen die Sozialdemokratie hervorruft, wenn die Partei zur Zeit, als ihr die Macht zufiel, über einen Stamm zuverlässiger, akademisch vorgebildeter Kräfte verfügt hätte. Damals war allerdings selbst in akademischen Kreisen der Partei so wenig Verständnis für das Wesen der Struktur des deutschen Staates vorhanden, daß man Mahnungen, das Beamtentum auf das man angewiesen war, wenigstens nicht unnötig vor den Kopf zu stoßen, mit dem Einwand abtat, es lohne sich nicht, sich um das Beamtentum zu bemühen, das ohnehin bald verschwinden werde. Es war dies vor allem im Hinblick auf die akademisch geschulten Beamten gesagt. Kein Wunder, daß in andern Schichten der Partei die Urteile noch viel schiefer waren.

Für jedes Handwerk wird eine gründliche Schulung verlangt. Auch die Staatsverwaltungstätigkeit ist eine Art Handwerk, für die man ein gewisses geistiges Rüstzeug, das einem zur Zeit im wesentlichen die Hochschulen vermitteln, mitbringen muß. Leute zu haben, die dieses Rüstzeug besitzen, ist für eine Partei nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Stellung von Beamten von Bedeutung, sondern auch für die Auswahl der Abgeordneten. Man staunt oft über den Einfluß kleiner parlamentarischer Gruppen. Er beruht in aller Regel auf der ausgezeichneten fachlichen Schulung der ihnen angehörenden Abgeordneten und ihrer besonderen Fähigkeit zur Mitarbeit in den Kommissionen, wo heute das Schwergewicht der parlamentarischen Arbeit liegt. Je mehr Sachkenntnis eine Partei hier zu produzieren vermag, desto mehr wird sie die Entschlüsse der Regierungen und der gesetzgebenden Körperschaften bestimmen können.

Die Frage der Auswahl der Abgeordneten im Hinblick auf ihre Sachkenntnis gewinnt mit der Verminderung ihrer Zahl natürlich erheblich an Bedeutung. Eine Arbeiterpartei wird in erster Linie Arbeiterabgeordnete in die Parlamente senden müssen. Das ist durch die Natur der Sache bedingt. Sie wird aber den akademisch Vorgebildeten nicht ungestraft in dem Maße beiseite schieben dürfen, wie dies bisher die deutsche Sozialdemokratie getan hat. Es ist richtig: die meisten Akademiker stammen aus den bürgerlichen Schichten. Es wäre aber durchaus verfehlt, wenn die Partei darauf verzichten wollte, auf andere Kraftquellen als die aus dem Proletariat fließenden zurückzugreifen, wenn sie diese ihren Zwecken dienstbar machen kann. Ich gehe soweit, zu sagen, daß das Ideal des Sozialismus nicht verwirklicht werden kann, wenn es der Sozialdemokratie nicht gelingt, wesentliche Teile der geistigen Kräfte aus dem Bürgertum zu sich hinüberzuziehen. Es gibt Menschen, die in die Arbeiterparteien gewissermaßen hineingeboren werden, und solche, die durch ihre Gesinnung zu ihnen geführt werden. Der Zustand, daß die letzteren von vornherein mit einem Mißtrauen belastet werden, muß im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung beseitigt werden. Hier eine Aenderung herbeizuführen, ist Sache der Parteileitung. Hier wie in so manchen anderen Dingen der Organisation muß das Zentrum der Sozialdemokratie vorbildlich sein. Die Personalpolitik des Zentrums ermöglicht ihm, jederzeit einen genauen Ueberblick über die ihm zur Verfügung stehenden akademischen Kräfte zu haben und demgemäß seine Auswahl zu treffen. Wenn die Sozialdemokratie dem Beispiel des Zentrums folgt, wird dies nicht nur der Parteiorganisation als solcher, sondern auch der Lehre zugute kommen.

Die Wahlschlacht ist geschlagen. Der Kampf um die Geister, den Staat und die Wirtschaft geht weiter. Es geht um Neuaufbau nicht nur des Staates und der Wirtschaft, sondern in einem gewissen Sinne der Partei. Dafür wird sie alle Kräfte benötigen, nicht zuletzt die der Akademiker. Videant consules!

Niederdeutsches Schrifttum

Von Josef Kliche

Im niederdeutschen Sprachbezirk feiert man Gedenktage. Am 9. Mai schaute der besinnliche Heidepoet Friedrich Freudenthal in seinem stillen Lüneburger Dorf auf fünfundzibzig Jahre seines von Einsamkeiten umrauschten Lebens zurück, und am 1. Juni aber sind fünfundzwanzig Jahre vergangen, seit Klaus Groth, achtzigjährig, seine immer schaufrohen Augen schloß. Und für den 12. Juli rüstet man allseitig zu würdiger Fest- und Volksfeier; rundet sich doch an diesem Tage ein halbes Jahrhundert, seit Fritz Reuter im Schatten der Wartburg in die besseren Jagdgründe hinüberschlummerte. Der einstige oppositionelle Burschenschaftler und „Demagoge“ aus den Silberberger Kasematten gilt un widersprochen als der eigentliche Klassiker der nezeitlichen plattdeutschen Literatur, weswegen man ihm auch in allen Landsmannkreisen huldigen wird. Vom biedertreuen mecklenburgischen Instmann, dem sein angestammter Dorf- und Gutsjunkler noch immer den Schweinestall als „Hüsung“ zumutet, bis zum reaktionär gesinnten Ministerium Brandenstein, das derzeit die Volksgeschicke im seebespülten Ochsenlande leitet.

Indes, nicht von Fritz Reuter, sondern von plattdeutschem Schrifttum unserer Tage wollen diese Zeilen berichten. Wobei es zu be-

achten gilt, daß, trotz allem Alt- und Neumundartlichem im deutschen Nord und Süd, in diesem Zusammenhang nur der Sprachbezirk des alten Niedersachsen zu Bericht steht, und daß weiter der Begriff Plattdeutsch nicht mit dem der Platttheit verwechselt werden darf:

Der lediglich hochdeutsch eingestellte — und so manchem geschätzten Sprachverhunzer getreulich folgende — Leser sieht nur allzu oft in der plattdeutschen Schilderungskunst, in der Erzählung wie im Drama, eine lediglich scherzhafte Sache, an der man in launiger Mußstunde gelegentlich einen kleinen amüsanten Gefallen findet. Sonst aber: nich in die Hand! Freilich, die sprachlichen Schwierigkeiten tragen das ihre dazu bei, aus welchem Grunde ja auch „Freunde“ der Sache und geschäftstüchtige Verleger längst den alten Reuter und jüngst den jungen (leider sehr früh gestorbenen) Boßdorf ins Hochdeutsche „übertragen“. Aber eben: mehr zu eigenem als zu allgemeinem Nutz und Frommen. So daß es schon seine Berechtigung hatte, wenn der wackere Klaus Groth einmal schrieb, daß das Uebersetzen von plattdeutschen Werken ins Hochdeutsche nichts anderes bedeute, als die Farbe von echten Gemälden fortzuwischen. Zumal es hier wie bei jeder anderen Dichtung in der Regel mehr auf das Wie als auf das Was ankommt. In letzterem ist es auch begründet, daß die plattdeutschschreibenden Schriftsteller von Rang fast durchweg als echte Heimatkünstler zu werten sind. Die Alten wie die Neuen, die Enkel wie die Väter.

Ein knapper geschichtlicher Rückblick ist nicht uninteressant: Mit der später nach und nach sich vollziehenden Durchsetzung der niedersächsischen Sprachbezirke mit landfremden Elementen mußte ein gewisser Niedergang des einstmals jahrhundertlang völlig ungestörten Plattdeutschen eintreten. Das Eindringen des Hochdeutschen entfremdete vor allem das gebildete Publikum den Schöpfungen der plattdeutschen Literatur. Plattdeutsch begann in den Augen verschiedener eine Geschmacklosigkeit zu werden. Vor jetzt neunzig Jahren zog gar der vormärzliche jungdeutsche Fechter Ludolf Wienberg, weiland Professor in Kiel, mit einer scharfen Streitschrift gegen die plattdeutsche Sprache zu Felde. Wienberg sah in dieser nicht allgemein verständlichen Sondersprache ein partikularistisches Hemmnis für die Einigung der verschiedenen deutschen Landesteile und führte aus diesem Grunde seine Fehde. Ludolf Wienberg und sein gutgemeinter Don-Quichotte-Ritt sind heute vergessen, aber das Plattdeutsche lebt. Es lebt als Dichtung, insbesondere, seit Klaus Groth seine „Quickborn“-Sammlung in die Welt schickte, seit Fritz Reuters poetische Erinnerungen und sein „Kein Hüsung“ Einlaß heischend an die Türen aller Gebildeten pochten und seit John Brinckmans geradezu klassisch gewordenen Erzählungsbuch vom „Kasper Ohm“ im Winterflockengestöber auf die Weihnachtstische von jung und alt schneiten.

In neuerer Zeit sind freilich diese Schöpfungen mit ihrer originellen Urwüchsigkeit nicht wieder erreicht worden. Eine ganze Reihe von niederdeutschen Dichtern und Erzählern von Bedeutung hat sich dazu nur vorübergehend des Plattdeutschen bedient. So die Verstorbenen Gustav Falke, Timm Kröger, Georg Ruseler, Theodor Storm, Hinrich Fehrs und der noch lebende Wilhelm Poeck. Selbst dem doch wirklich „weich und behäbig“ plaudernden Otto Ernst schien es in den plattdeutschen Sprachbezirken nicht geheuerlich genug, als daß er sich lange in ihnen getummelt hätte. Zudem dürfte auch der finanzkräftige Herr Staackmann in Leipzig wenig Wünsche nach solchen Sachen äußern. — Anders der Hamburger Landsmann von Ernst, Gorch Fock, dessen Element das Milieu der Finkenwärder Fischer war und dessen Erzählungen fast immer mit Hamburgischer Wesensart durchtränkt sind. Im selben Geiste plaudert der seit vielen Jahren erblindete

Bremer Georg Droste in seinen plattdeutschen Romanen und Erzählungen aus dem Kaufmannsleben seiner Weserheimat. Ein bedeutender Erzähler ist auch der Bruder des seinerzeit in der Skagerak-schlacht umgekommenen Gorch Fock: Rudolf Kinau. Aus dessen Feder liegt ein halbes Dutzend Bücher vor, die sehr beachtenswerte Auflageziffern erreichten.

Gewiß wäre noch dieser und jener andere Gestalter aus plattdeutschem Bezirk zu nennen. Hier und da sind sie vorhanden. Man nennt die Bücher, kennt die Namen. Doch gar vieles ist darunter, was sich in Harmlosigkeiten und Belanglosigkeiten anspruchslosen Gemütern präsentiert. Immerhin scheint es notwendig, neben Kinau noch die beiden Westfalen Wibbelt und Wagenfeld zu erwähnen.

Bedeutend jüngeren Datums als die plattdeutsche Erzählung ist die Bühnendichtung, das Drama. Hier haben wir in Fritz Stavenhagen (1876—1906) den ersten niederdeutschen Bühnenautor von wirklicher Bedeutung. Stavenhagen (Hamburger und armer Leute Kind) war ein Dichter, dem es um sein künstlerisches Schaffen heiliger Ernst war. Seine vor mehr als zwei Jahrzehnten erschienenen Dramen „Mudder Mews“, „De ruge Hoff“ und „Der dütsche Michel“ verraten einen starken Seelenzergliederer, der in seinen Charakterstudien nicht ohne Ibsenschen Einfluß geblieben ist. Zu seinen Lebzeiten wenig gewürdigt, scheint es unserem heutigen Blick, als wäre Stavenhagen berufen gewesen, der niederdeutschen Bühne die schwere, ernste Schicksalstragödie zu bescheren.

Ein gleich frühzeitiger Tod war dem Hamburger Briefträgersohn Hermann Boßdorf beschieden, der in wuchtiger, symbolisch eingestellter Holzschnittmanier einige Dramen geschaffen hat, die hochgespannten Ansprüchen genügen. So den „Fährkroog“ und „Bahnmeister Dood“. Mit wenigen Worten sei der Inhalt angedeutet: Im „Fährkroog“ kehrt nächtlich ein Gast ein, dem man des Geldes halber ans Leben will. Ein reines Mädchen warnt und rettet den jungen Fremdling. Der innere Sinn der Geschichte berührt sich mit dem Faustmotiv: Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen. Dem „Fährkroog“ folgte die lebensvolle, unheimliche Tragödie „Bahnmeister Dood“. Die Frau betrügt ihren Mann, dieser wirft sich vor die Lokomotive. Schließlich schenkte uns der Autor auch noch eine Komödie, die zwar keine literarischen Qualitäten aufweist, jedoch von unverfälschtem Hamburger Volkstum erfüllt ist. Hermann Boßdorf war ein Sieger auf den niederdeutschen Bühnenbrettern, doch in elegischer Stimmung nahm er die ihm dargebrachten Ruhmeskränze entgegen. Seit langem stand er mit Gevatter Tod, dem unheimlichen Gast aus seinen Stücken, auf Duz- und Bruderfuß. Der hat ihn denn auch zu sich hinabgezogen. Das niederdeutsche Drama aber ist wieder verwaist; denn die kleinen Mochtegern-Poeten zählen nicht mit; so viel Geräusch sie auch hier und dort zu machen versuchen.

Bleibt die hier festzuhaltende Tatsache: ein wirklich überragendes Talent, einen Dichter vom Schlage der Reuter, Groth und Brinckman gibt es gegenwärtig in den Bezirken der plattdeutschen Literatur nicht. Weder in der Epik, noch im Drama. Kam aber einmal ein Talent (in den letzten Jahrzehnten ständig aus der Armseligkeit häuslicher Enge), dann blieb auch zumeist die Tragik nicht aus. Stavenhagen, Boßdorf, Fock: sie alle starben jung, wurden gefällt, als der Duft der ersten Sommerblumen ihres Schaffens kunstverständige Nachbarn herbeilockte und zu sachlicher Anerkennung zwang. Die Tragik des Einzelfalles ward so zu einer solchen für die niederdeutsche Literatur überhaupt.

Und die „hochdeutsch“ orientierte Umwelt? Es ist nun einmal so: ein allgemeiner Bildungsfaktor ist das Niederdeutsche bei uns, fernab

seiner Quellen und Heimatgebiete, erfahrungsgemäß nicht. Von Berlin und Wien aus summen so viel hochdeutsch „schaffende“ dichtende oder in zuweilen gar sonderbarer Prosa machende Eintagsfliegen ins Reich hinein, daß der ob solcher Produktivität baß erstaunte Zeitgenosse vor lauter Fliegengebrumme kaum noch die ragenden Denkmäler sieht, als die die Schöpfungen eines Reuter, eines Brinckman, eines Fehrs ganz gewiß anzusehen sind. Gar erst von den Jüngeren ist kaum einer wesentlich über die heimliche Grenze hinausgedrungen. Und doch sind sie da. Sind da und suchen und finden ihre Leserschaft unter ihren engeren Stammesgenossen, unter den Sprachkundigen, denen neben dem sprachlichen Genuß der innere Gehalt der plattdeutschen Dichtung Gefühlssache ist und bleibt. Das Gefühlsmoment aber ist ein sehr wesentlicher Faktor bei diesen Dingen.

Des Bürgers Seele im Film

Von Hermann Hieber

Zunächst einmal muß festgestellt werden, daß der deutsche Bürger sich zum Drama der Gegenwart durchaus ablehnend verhält. Das ist auch weiter nicht verwunderlich, wenn man verfolgt, wie seit fast hundert Jahren, seit Georg Büchner nämlich, die deutschen Dramatiker den Konflikt des Einzelmenschen mit der herrschenden Gesellschaftsmoral, namentlich auf sexuellem Gebiet, zur Tendenz erheben. Selbst dann, wenn sie selber, wie im Falle Friedrich Hebbel und „Maria Magdalene“ in sozialer Beziehung als Bürger angesprochen werden müssen. Das ist die überpersönliche Macht der dichterischen Idee, die ihrerseits dem Zeitgeist verschwistert ist: Ibsen, Wedekind, Strindberg, so verschieden auch ihre soziale Einstellung gewesen ist, haben, genau wie Gerhart Hauptmann in seiner guten Zeit, die Bourgeois-moral mit wütendem Hasse bekämpft. Und Karl Sternheim erst, Georg Kaiser, Fritz v. Unruh! Alles keine Klassenkämpfer im strengen Sinne des Wortes — wohl aber Klassenbekämpfer.

Ach nein, von ihnen hat unser Durchschnittstheaterpublikum, die Wohl-situierten, die jeden Winter ihre Parkettplätze absitzen mit derselben Gewissenhaftigkeit, die sie ihre Ernährungs- und Verdauungsgeschäfte erledigen heißt, — von diesen böartigen Gesellen, den modernen Theaterdichtern, hat es keine Schonung zu erwarten. Was tat also die Wohl-anständigkeit des Bourgeoisgemüts? Es flüchtet sich in den Film. Auf der Filmleinwand findet der Spießer die Sorte Edelmenschentum, mit der die Kapitalkräftigen einen Rudolf Herzog, eine Courths-Mahler umkleiden. Da taucht der Millionär auf, der das Arbeitermädchen um seiner Schönheit und Tugend willen selbstlos liebt und nicht eher rastet, als bis er von Priesters Hand mit ihr vereint ist. Unsere Dichter haben sich seit Zola und Dostojewski mit dem Verbrecher, mit der Dirne liebevoll, psychologisch eindringlich befaßt. So abgeschmackt ist der deutsche Sitten- und Gesellschaftsfilm nicht. Da wird ein scharfer Trennungsstrich gezogen, die „Anständigen“ werden belohnt, die nicht Gesellschaftsfähigen verfallen der verdienten Bestrafung. Justiz und Polizei spielen ebenso wie die Geistlichkeit eine durchaus heroische Rolle. Man muß das erlebt haben, wie das Filmkapital selbst aus dem „Raffke“, den es zu geißeln vorgab, einen Tugendheros und Moralathleten machte. Es ist dasselbe widerwärtige Getue wie in der Operette, wo der Fürst und der zahlungskräftige Lebeamte durch allerhand pikante Klippen zum Traualtar und damit zum bürgerlichen Tugenddiplom geführt werden.

Dazu mußte sich — wer kann sich darüber wundern? — der politische Mißbrauch des Films gesellen. Habt ihr die „Königin Luise“ vergessen, zu der das wilhelminische Hofmarschallamt die historischen Kutschen stellte? Vom „Fridericus Rex“ ist der vierte Teil erschienen, und bereits ist Bismarck fällig. Der Film ist ja ein so glänzendes Geschichtsfälschungsmittel. Hatte Lubitsch, der seit seinem Abgang nach Amerika noch nicht ersetzte Regisseur, nicht allein ein großer Köhner, sondern auch ein Mensch von anständiger Gesinnung, die französische Revolution in der „Madame Dubarry“ objektiv, unbestechlich gerecht dargestellt, so versucht man neuerdings mit einem in jeder Beziehung minderwertigen Machwerk „Madame Taillieu“, die bürgerlichen Gemüter gegen die Pöbelherrschaft der Republik und für das Edelmenschentum der Royalisten zu stimmen. Die Gefährlichkeit der historischen Filme, wie sie das Großkapital herstellt, womöglich gar für Schulvorstellungen, ist noch längst nicht genügend erkannt.

Ich halte nicht einmal den Nibelungenfilm für harmlos. Die Verherrlichung des blond gemähnten Siegfried wird bestimmt als Reklame für die Deutschvölkischen ausgeschlachtet, und die Dolchstoßlegende erhält in der Aufspießung des Helden von hinten durch den mit aller nur erdenklichen Scheußlichkeit bemalten Hagen neue Nahrung. Daß der betrügerische Alberich, der Schatzbewahrer, so auffallend semitisch aussieht, ist wohl auch nicht so von ungefähr. Bei der ersten Vorführung des Nibelungenfilms in Berlin war „Gesellschaftsanzug“ vorgeschrieben. Sollte das nicht ein Hinweis auf die Gesellschaftskreise sein, für die der Film bestimmt ist? Aber noch nicht genug der Geschmacklosigkeit — der Regisseur Fritz Lang hat am Tage dieser Erstaufführung am Sarge des alten Fritzen in Potsdam einen Kranz niederlegen lassen mit einer Riesenschleife „Zur Premiere des Nibelungenfilms. Fritz Lang.“ Ein Kommentar würde die Wirkung dieser Handlung vermutlich abschwächen. ...

Dann ist da noch die „Deulig“-Woche. Es scheint in den letzten Wochen nichts Interessanteres in der Welt passiert zu sein, als die Abholung von Dreyers, des Kollegen von Schlageter, Sarg am Bahnhof Friedrichstraße, als die Bismarck-Gedenkfeier der Hakenkreuzjünglinge und affenmäßig aufgeputzten Verbindungsstudenten in Breslau und der triumphierende Heimweg des lieben, guten Onkels Ludwig Ludendorff, der unbedrillten Auges seinen Bismarck-Bauch zwischen Stahlhelmlreitern hindurchschiebt, jeder Zoll ein Lindström. Für solche Ereignisse hat sich der Kinodeutsche zu interessieren. Alles andere geht ihn einen Schmarren an!

Ich werde trotzdem die unpassende Gelegenheit nicht dazu benutzen, um auf den Film im allgemeinen loszuwettern. Es gibt einen Trost, und das ist der amerikanische Film. Nicht, als ob es drüben nicht auch Spießersentimentalität und Frömmerei gäbe. Aber Amerika ist nicht so literaturverseucht und nicht so „künstlerisch“ wie das arme Deutschland. Es hat sich von allen Erinnerungen an das Theater freimachen können und hat seinen Film ganz unvoreingenommen rein von der Technik aus entwickelt. Man hat drüben die Eigentümlichkeit des Filmtempo, die Verwertbarkeit der Kameratricks, entdeckt und schöpft seine Stoffe aus der Welt der Automobile und stählernen Wolkenkratzergerüste, anstatt aus altdeutscher Schimmelromantik.

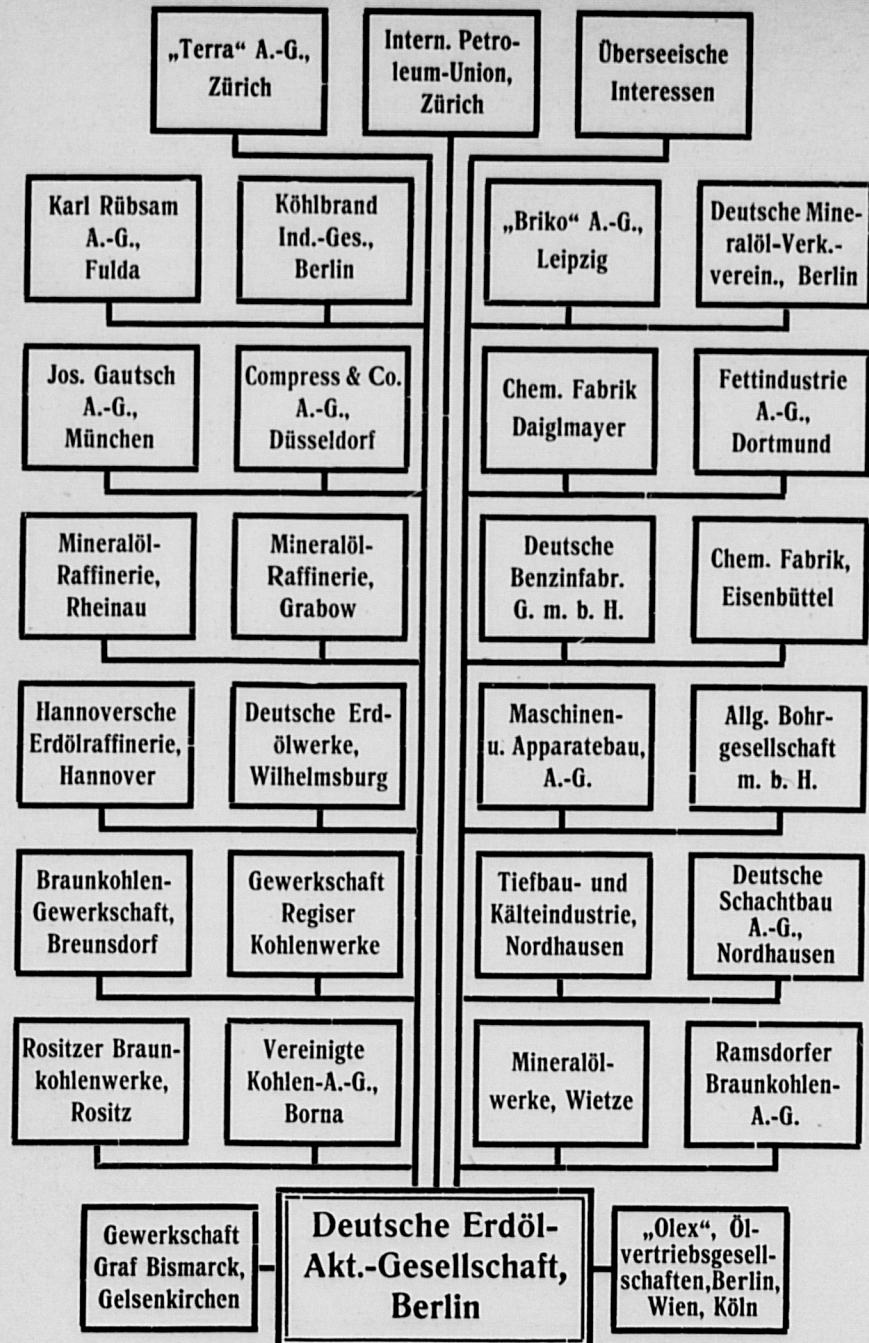
Diese technische Aktualität mußte die Aktualität der Gesinnung mit sich führen. Und siehe da — die amerikanische Filmgrotteske hat sich bereits ausgesprochen antibürgerlich entpuppt. Der Bürgermeister und der Friedensrichter, ja selbst der „Reverend“ werden kräftig durch den Kakao gezogen, und was muß sich erst die Polizei gefallen lassen! Unsere Freunde Fatty und Harald Lloyd und

Fix und Fax sind freche Stromer, die bei jeder Gelegenheit der ehrbaren Gesellschaft in die Rippen boxen, und Charlie Chaplin, der vor zehn, zwölf Jahren als „Gent“ angefangen hat, vertauschte längst den Gesellschaftsanzug, der von den Besuchern des Nibelungenfilms verlangt wird, mit Bettlerlumpen. Sollte das etwa Zufall sein, daß der Held der amerikanischen Filmkomödie — sagen wir getrost der Filmkomödie — immer wieder der Proletarier ist? Hier handelt es sich um ein Gesetz. Der deutsche Film wird rettungslos versimpeln, wenn er die bürgerlichen Fesseln nicht abstreift.

WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

Die Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft Der Geschäftsbericht der Dea für das Jahr 1923 wird zugleich mit einer Jubiläumsschrift, anlässlich des 25jährigen Bestehens der Gesellschaft, versandt. (Hierzu die umstehende Tabelle)

Es verlohnt sich, der Gesellschaft an dieser Stelle zu gedenken. Ist sie doch eine der wichtigsten deutschen Aktiengesellschaften und zugleich die erste Repräsentantin der deutschen Erdölindustrie. Sie dürfte ihre früher so mächtige Rivalin, die Deutsche Petroleum A.-G., bereits überflügelt haben. Ist die Deutsche Petroleum A.-G., die sich mit den Rütgerswerken verschmolzen hat, eine Schöpfung der Deutschen Bank, so stellt die Dea ein Tochterinstitut des Finanzkonzerns Diskontogesellschaft-Bleichröder dar. Als Deutsche Tiefbohr A.-G. 1899 gegründet, beschäftigte sie sich zuerst mit Lohnbohrungen auf Kohle und Kali. Später wandte sie sich dem Gebiete des Erdöls zu, was auch in der Firmenänderung zum Ausdruck kam. Den in der Vorkriegszeit allgemeinen Drang nach Expansion machte sie mit und erwarb in Oesterreich, Galizien und Rumänien Petroleumgruben. Sie verstand es, diese geschickt auszunutzen und ihre Produkte durch ihre Vertriebsgesellschaft „Olex“, Wien-Berlin, dem Verkauf zuzuführen. Daneben erbohrte sie die Oelquellen bei Piehlbronn im Elsaß und entwickelte sie zu hoher Blüte. Die Auslandsorganisation der Dea erlitt durch den Ausgang des Krieges einen empfindlichen Stoß. Die galizischen und rumänischen Besitzungen und auch die elsässischen Betriebe gingen verloren. Die Dea wandte sich nunmehr, um Ersatz zu haben, dem Braunkohlen- und später auch dem Steinkohlenbergbau zu. Ihre Braunkohlenförderung erreichte im letzten Geschäftsjahr die Höhe von 4,5% der gesamten Braunkohlenförderung und 6,7% der gesamten Brikettherstellung Deutschlands. Im Steinkohlenbergbau erwarb die Dea 1923 die „Gewerkschaft Graf Bismarck“ in Gelsenkirchen, eine der besten Zechen des Ruhrgebiets, mit einer Syndikatsbeteiligung von 2,3 Millionen Tonnen. Die Kohle von „Graf Bismarck“ ist stark bituminös, so daß mit Hilfe des Verschmelzungsverfahrens Teer und Oel in großen Mengen gewonnen werden können. Die hannoversche Erdölproduktion ergab 34 000 t Rohöl. Dazu tritt noch die in diesem Jahre erbohrte Quelle bei Nienhagen. Die Rohölbetriebe der Dea in Argentinien und Mexiko lieferten 210 000 t Rohöl. Die Raffinerie-, Wachs- und Kerzenfabriken waren ebenfalls sehr produktiv. Die Transporteinrichtungen vom Seedampfer bis zum Kesselwagen entsprechen einem Großbetrieb ersten Ranges, Tank- und Lagereinrichtungen desgleichen. Die „Olex“ verfügt über 141 Tankanlagen, 14 auswärtige Verkaufsabteilungen und 213 Vertretungen. Die Tiefbohrbetriebe und Maschinenfabriken konnten weiter ausgebaut werden. Unsere nebenstehende Zeichnung dürfte einen Ueberblick über das machtvolle Gebilde der Dea geben.



Die Zahl der beherrschten Betriebe geht allerdings nicht vollständig daraus hervor, da die Angaben von einigen Gesellschaften fehlen. Die Internationale Petroleum Union (Ipu) wurde 1920 von der Dea gemeinsam mit der Société de Dabrowa und mit belgischem, schweizerischem, österreichischem und tschechoslowakischem Kapital errichtet. Sie dient heute in der Hauptsache den überseeischen Beziehungen. Die Dea beschäftigt in ihren Betrieben 4000 Beamte und 25 000 Arbeiter. Wenn man den Reichtum einer Gesellschaft wie der Dea überblickt, dann wundert man sich, daß im Geschäftsbericht folgendes zu lesen ist: „Wirtschaftlich ist der Zollschatz ein dringendes Bedürfnis. Wir müssen daher erneut unserer Erwartung Ausdruck geben, daß wir bei den maßgebenden Regierungsstellen in der Frage des Zollschatzes genügendes Verständnis finden . . . Die der deutschen Industrie bevorstehenden Lasten sind nur denkbar, wenn gegenüber der Vorkriegszeit erhöhte Arbeitsleistungen vollbracht werden. In unseren wichtigsten Betrieben ist es uns gelungen, bereits im letzten Viertel des Berichtsjahres wieder zu der Arbeitszeit wie vor dem Kriege zurückzukehren.“ Die Dea kann sich jedenfalls über die Entwicklung nicht beklagen.

Mansfeld und Becker Im letzten Heft der „Glocke“ berichteten wir von den Geldschwierigkeiten der Konzerne Mansfeld und Becker. Was Mansfeld angeht, so hat sich die Reichsregierung bereit erklärt, erstens auf die Umsatzsteuer bei dem Rohkupfer der Gesellschaft zu verzichten, und zweitens der Mansfeld einen Kredit in Höhe von eineinhalb Millionen Mark einzuräumen, mit einer Verzinsung von nur 8% pro anno. Durch dieses außerordentlich weitgehende Entgegenkommen hat sich die Regierung in eine Sackgasse treiben lassen, die den Zufälligkeiten Tür und Tor öffnet. Was der Mansfeld recht ist, ist jedem anderen Unternehmen billig. Wie bei Mansfeld, dürfte es in vielen Industrien aussehen. Die Frage ist noch einmal zu stellen: Wo bleiben hier die Großaktionäre Otto Wolff, AEG. und Metallbank? Nach einer Meldung des W.T.B. hat das Stahlwerk Becker Geschäfts-aufsicht beantragt. Die im letzten Heft der „Glocke“ gemeldete finanzielle Hilfe des Bankhauses Lazard Speyer-Ellissen dürfte somit nicht zustande gekommen sein. Das Stahlwerk Becker unter Geschäfts-aufsicht! Fast klingt es wie ein Märchen. Reinhold Becker würde sich im Grabe herumdrehen, wenn diese Meldung ihm zu Ohren käme. Ist doch Becker-Stahl eines der besten und am modernsten eingerichteten Werke der deutschen Stahlindustrie. Der dort fabrizierte Edelstahl besitzt Weltruf. Nun wird Becker bestimmt nicht bankrott gehen, jedoch ist es nicht ausgeschlossen, daß ein großer Konzern der westdeutschen Industrie von Becker Besitz nehmen wird. Auch ist es nicht unmöglich, daß das Ausland, namentlich Holland, diese günstige Gelegenheit, sich in den Besitz eines Stahlwerkes zu setzen, nicht vorübergehen läßt. Man denke an den Phönix, der ebenfalls kreditbedürftig war und bei dieser Gelegenheit in holländische Hände überging. Die Krisis wälzt sich heran — wer weiß, was wir an dieser Stelle noch zu berichten haben werden. Und dabei tobt der Bergarbeiterstreik in unverminderter Schärfe fort. Trübe Aussichten, wohin man blickt!

Mercur.

RANDBEMERKUNGEN

Aus dem Bau locken / Kompromittieren / Verwirren / Ausschalten

Die Deutschnationalen führten den Wahlkampf unter der Parole: Befreiung von Versailles! Gegen die Erfüllungspolitik!

Daraufhin wurde von Gutgläubigen, Unwissenden und Spießern rund hundert Deutschnationale in den Reichstag gesandt. Das war weit mehr, als die Herren um Hergt erwartet hatten. Den Völkischen hatten ihre schlechten Manieren Abbruch getan. Die hundert Mandate aber zwangen die Deutschnationalen, schneller als sie vermutet hatten, sich zu entscheiden: regieren und die Wahlparole brechen oder die Wahlparole halten und Oppositionspartei bleiben. Klar war: ohne Erfüllung kein Regieren; klar war ferner, erfüllt wird unter allen Umständen, wenn nicht durch die Deutschnationalen, dann durch die andern. Die Erfüllung durch die andern ist für die Deutschnationalen teurer. Die Erfüllung durch die Deutschnationalen bringt die Regierung und damit die Zertrümmerung des Volksstaates und so wiederum die Aufrichtung des ersehnten Untertanenprinzips. Herr Hergt ließ sich Diesbezügliches entschlüpfen. Schon standen die Deutschnationalen unter dem Joch der Erfüllung und die Wähler staunten; es regnete Proteste. Man mußte Beschwichtigung spritzen. Graf Westarp, Professor Hoetzsch trösteten: „Friß, Vogel, oder stirb“. Daran dächten die Deutschnationalen nicht; das Gutachten sollte diskutiert werden. Dabei seien Ehrenpunkte, endgültige Lösung selbstverständliche Voraussetzungen. Die Verwirrung bei den Deutschnationalen wuchs. Die „Kreuzzeitung“ vereinsamte; die „Deutsche Tageszeitung“ sprach beinahe wie einst zur Zeit Rathenaus und Wirths. Man mußte demonstrieren; man stieß gegen die Regierung Marx vor. Herrn Baeckers asthmatische Wut schrie nach dem Staatsgerichtshof:

Hergt wurde zum Zappelhergt. Die Völkischen bellten in allen Tonarten. Unter den Hundert meldeten sich die Vertreter der vaterländischen Verbände: wozu haben wir bewaffnet, wozu von Schill gesungen? Eine neue industrielle Fronde organisierte sich. Die Nichterfüllung wurde wieder die große Forderung. Aber nur über die Erfüllung kam man zur Regierung. Die Deutschnationalen erkrankten am Drehwurm. Wie sie sich jetzt auch entscheiden mögen: die schwarz-weiß-rote Phalanx hat ihre Risse abbekommen. Die über-schlaue Taktik des Herrn Hergt ist im Umkippen. Was fällt, das soll man auch noch stoßen. Die Deutschnationalen haben sich vor ihren Wählern kompromittiert. Das könnte man vielleicht noch ein wenig sich auswirken lassen. Dennoch, sie sollen nicht in die Regierung.

Die Sozialdemokratie wird nicht überlegen dürfen: einer Erfüllungspolitik, an der die Deutschnationalen teilnehmen, kann sie nicht zustimmen. Solche Erfüllungspolitik ist von vornherein verdächtig, kommt der Ganzheit des Volkes und im besonderen der Arbeiterschaft viel zu teuer zu stehen. Der Ganzheit des Volkes, denn die Vertragsgegner werden gegenüber den Deutschnationalen härtere Forderungen stellen; der Arbeiterschaft, denn die Deutschnationalen werden rücksichtslos alle Lasten abwälzen und alle Volksrechte zerschlagen. Eine Regierung, an der die Deutschnationalen teilnehmen, kann darum das Vertrauen der Sozialdemokratie nicht bekommen, auch dann nicht, wenn sie das angenommene Gutachten ausführen will. Auch dann, wenn die Deutschnationalen den anderen bürgerlichen Parteien über die ihnen vorgehaltene Klinge springen, kann die Sozialdemokratie ihr grundsätzliches Mißtrauen gegen die Erfolglosigkeit einer, durch die Deutschnationalen

von vornherein vergifteten Außenpolitik nicht zurückhalten.

Die Deutschnationalen wollten ihrem parlamentarischen Vormarsch noch einigen Nachdruck durch den Marsch der Verbände geben. Im Zeichen der Deutschen Tage sollte das Wahlergebnis sich vervielfachen. Diese Straßenpolitik ist abgebunden worden. Die Nationalen schäumen. Ihre Wut fördert die Absichten der Vernünftigen. Arm in Arm mit Schlageter würde man im neuen Frankreich und bei Macdonald keine besonders herzliche Aufnahme finden. Die Deutschnationalen fühlen Uebelkeit in der Kehle. In der „Kreuzzeitung“ erscheint ein Artikel: Münchener Intrigenspiel: „So kehrt die Regierungskunst Bayerns gerade in dem Augenblick, wo man im Reich ein schärferes Regiment aufrichten will, zum System des Paktierens und Lavierens zurück, unbekümmert darum, ob die ohnehin durch den Hitler-Putsch in der letzten Zeit immer mehr gesunkene Staatsautorität dadurch geschädigt wird...“ Des Lavierens und Paktierens... mit den Völkischen! Ein unangenehmer Bissen. Wer ihn nicht schlucken möchte, dem soll man ihn in den Hals hineinstoßen. Bei den Deutschnationalen kriselt; schon sehen sie einen Teil ihrer Wähler, ja einen Teil ihrer Fraktion, sich den Völkischen zuwenden. Aus dem Bau gelockt, kompromittiert, verwirrt, kann es nicht gar so schwer sein, die Nationalen auszuschalten aus einer Politik, die zunächst das Vertrauen der Vertragsgegner, der Entente, der Welt, verlangt, und zum andern das Vertrauen all der Deutschen, die nicht an den Idealen des preußischen Feudalismus noch an hohen Getreidepreisen interessiert sind.

Aus ihrem reichen Vorrat von Stalljauche gießt die „Deutsche Tageszeitung“ ganze Kübel über mich aus, weil ich hier rechtzeitig darauf hinwies, daß die Deutschnationalen nach der Reichsregierung greifen,

nicht um Deutschland von Versailles zu befreien, vielmehr um die Deutschen den Ostelbiern zu unterwerfen, vielmehr um die Republik, die Verfassung, die preußische Regierung, den Reichspräsidenten, die politische Freiheit des deutschen Volkes und im besonderen die Rechte der Arbeiterschaft zu zertreten. Solche Meinung dürfte heute allgemein sein. Niemand zweifelt wohl mehr daran, daß, wenn die Deutschnationalen ihren Eintritt in die Reichsregierung mit einem tiefen Kotau vor der Erfüllungspolitik und dem Sachverständigengutachten erreichen können, daß sie dann solche Selbstverleugnung sich hoch bezahlen werden. Gelingt es ihnen nicht, die Regierung an sich zu reißen, oder auch nur an ihr teilzunehmen, so werden sie nach wie vor die Ausführung des angenommenen Sachverständigenurteils als Hochverrat stigmatisieren; können sie aber ihre Faust an das Steuer des Reichsschiffes legen, so werden sie lieber vor Poincaré kuschen, als die Republik und die Verfassung unangetastet zu lassen. Wer so wie die Deutschnationalen um das Hineinkommen in die Reichsregierung winselt, wer sich Korb auf Korb geben läßt, Ohrfeige auf Ohrfeige, der wird, wenn er oben drein den Raffcharakter der Raubritternachkömmlinge besitzt, seine Quittung sicher präsentieren. Auf allen Vieren kriechen die Deutschnationalen um die bürgerlichen Parteien herum. Demnächst wird man (Cäsar als großes Vorbild) nach ihnen die Hunde benennen.

Fest muß bleiben: eine Erfüllungspolitik, an der die Deutschnationalen teilnehmen, kann die Zustimmung und das Vertrauen der Sozialdemokratie nicht finden, weil eine solche Erfüllungspolitik sowohl außenpolitisch wie innenpolitisch nur Sabotage sein wird. Die Deutschnationalen müssen gemäß der ihnen durch die Wahlen zugekommenen Bedeutung — nicht vielmehr als ein Fünftel der Volksvertretung — von der Regierung ausgeschaltet bleiben. Wenn sie aber an die vaterländischen Verbände ap-

pellieren und putschen sollten, werden die Standgerichte zu arbeiten bekommen.
Robert Breuer.

Das Gewissen fordert Mord

In der Zeitschrift „Das Gewissen“, die Doktor Eduard Stadler in enger Gemeinschaft mit Herrn von Gleichen-Rußwurm und dem neuen deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Martin Spahn für den „Ring“ (und in guter Fühlung mit dem Alldeutschen Verband!) herausgibt, lesen wir in der Nummer vom 19. Mai unter der Überschrift „Die Zeit erfüllet sich“ folgende Sätze:

„Als Erzberger seine Erfüllungspolitik betrieb, war er munter und guter Dinge und voller Zuversicht. Sein eigenes Schicksal erfüllte sich, da er das Schicksal des deutschen Volkes erfüllte ... Walther Rathenau erfüllte in London und auch sein Schicksal erfüllte sich... Stresemann kann nicht leugnen, daß die Wahl sich persönlich gegen ihn richtet und über ihn selbst das Urteil gesprochen hat. Das Volk hat sich gegen diesen Außenminister ausgesprochen. Er hat versagt und ist durchschaut! ... Der Boden in der Heimat beginnt heiß zu werden. Im Auslande lebt es sich vielleicht besser und sicherer.“

Und dann wird aufgefordert: „Auf, Ihr deutschen Frontsoldaten! Ihr habt dem Tode ins Antlitz geschaut. Der Tod nimmt jetzt die Front der Nation ab! Die Fahnen und Standarten ducken sich, sie werden nicht mehr lustig im Winde wehen, wie bei Eurem Stahlhelmtage in Halle. Schweigend hebt sich die schwarze Fahne. Reichstagseröffnung?

Wer lacht da noch? Tretet Ihr Parlamentarier nur ruhig zusammen, Eure Zeit ist erfüllt. Das Wort wird Euch erstarren. Das letzte bleibt jetzt zu tun. Hier schweigt alle Rede.“

Wir erwarten, daß der Staatsanwalt auf diese Leistung hin gegen

Herrn Stadler und gegen Herrn von Gleichen-Rußwurm Anklage wegen Aufforderung zum Mord erhebt. Männer so hohen Bildungsgrades müssen ihre Worte richtig einzuschätzen wissen, sie werden hoffentlich auch den Mut zur Verantwortung haben, zumal sie sich als Vertreter des deutschen Gewissens ausgeben.
Breuer.

Die Radikalisierung der deutschnationalen Fraktion

Daß die Wahlen zum Reichstag eine Radikalisierung des Parlaments gebracht haben, wird allgemein anerkannt. Die Zunahme der völkischen und kommunistischen Mandate beweist es. Weniger beachtet wird, daß auch innerhalb der deutschnationalen Fraktion eine auffallende Verstärkung der völkisch-radikalen Richtung durch die Wahlen erfolgt ist. Die deutschnationale Partei hat oft betont, daß sie ihren Schwerpunkt nicht im Parlament, sondern außerhalb des Parlaments habe. Sie hat sich schon bisher, nicht zuletzt als parlamentarische Vertreterin der nationalen Bewegung, das heißt also der rechts-radikalen Verbände und Gruppen, betrachtet. Der Wahlerfolg, den die Deutschnationalen bei den letzten Wahlen erzielen konnten, ist vor allem auf die enge Zusammenarbeit dieser Partei mit diesen Verbänden zurückzuführen. Stahlhelmbund, Jungdeutscher Orden, Nationalverband deutscher Offiziere, der Bund der Aufrechten und die zahllosen Regimentsvereine, Kriegervereine, Marinevereine haben der deutschnationalen Partei ihre wohldisziplinierte Anhängerschaft zugeführt und der Partei selbst einen großen Teil der Agitationsarbeit abgenommen. Indem sich die Partei auf diese Verbände stützte, ist sie aber gleichzeitig in hohem Grade von ihnen abhängig geworden. Die Kandidaten der Verbände bevölkerten die Listen der Deutschnationalen; unter den neu gewählten Fraktionskollegen des erfüllungsbereiten Herrn Hergt wimmelt es

von unentwegten Zerreißen des Versailler Vertrages und von Revanchieren. Zum Exempel: Der bekannte Abgeordnete Fritz Geißler, der Vorsitzende der Vaterländischen Verbände Deutschlands und zugleich auch Vorsitzender der gelben „Nationalen Arbeiterberufsverbände“, repräsentiert die völkisch-rechtsradikalen Verbände, die unter der Leitung des Altdeutschen Verbandes stehen. Der neugewählte Berliner Rechtsanwalt Dr. Everling ist der Geschäftsführer des bekannten monarchistischen Bundes der Aufrechten. Der pommersche Großgrundbesitzer Major von Dewitz, Stettin, ist der sehr aktive und sehr radikale Führer des bekannten pommerschen Heimatbundes. Major a. D. Fletscher ist als Vertreter des mächtigen „Heimatbunds Ostpreußen“ neu gewählt worden, während als Vertreter des Stahlhelmbunds der braunschweigische Führer des Bundes, Hauptmann Schmidt, in den Reichstag hineinmarschierte.

Der enge Zusammenhang des Landbunds mit den Heimatbünden und dem Stahlhelmbund ist bekannt. Der Landbund selbst stellt von den 95 Mandaten der Deutschnationalen Partei nicht weniger als 45, so daß er zusammen mit den Stahlhelm- und Heimatbundvertretern über die Majorität in den Fraktionssitzungen verfügt. Diese Tatsache beweist, was die Ablehnung der Reparationsvorschläge der Sachverständigen durch den Reichslandbund für die Deutschnationalen Partei zu bedeuten hat. Die Hergtsche Annäherung an die Erfüllungspolitik ist völlig desavouiert worden, überhaupt dürfte die Rolle Hergts als Parteiführer sehr bald ausgespielt sein. Er ist seiner Fraktion viel zu gemäßigt und wird als „Nationalliberaler“ bezeichnet.

Dem Landbund gleichfalls sehr nahe steht der weiland kölnische Universitätsprofessor Martin Spahn. Er ist ein Sohn des alten Zentrumsabgeordneten Georg Spahn, hat aber schon längst ganz andere Wege eingeschritten als sein Vater. Er gehört zu den Hauptgliedern des völkisch-radika-

len „Rings“ des Herrn Dr. Stadler, der sich die Schaffung einer neuen nationalen Führergeneration als Aufgabe gesetzt hat und dabei im engen Zusammenhang mit dem Alldeutschen Verband arbeitet.

Von anderen sehr radikalen Neuerwerbungen der deutschnationalen Fraktion seien noch erwähnt: der bekannte Gründer des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes Alfred Roth aus Stuttgart und der ebenso radikale wie geschmacklose Breslauer Professor Freytag-Loringhoven. In der neuen Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei tritt das Beamtenelement, das bisher eine beträchtliche Rolle gespielt hat, gegenüber den Landbandleuten und den Organisationsvertretern stark zurück. Immerhin verfügt die Fraktion noch über etwa 25 aktive oder inaktive höhere Beamte, darunter die beiden Exminister Hergt und Wallraf. Zwei Männer von großem Einfluß, die nach der heutigen Zusammensetzung als gemäßigt zu bezeichnen wären, nämlich Helfferich und Roessicke, hat die deutschnationale Fraktion durch den Tod verloren. Der neu hinzutretende Großadmiral v. Tirpitz, der noch aus der Flottenvereinszeit dem Alldeutschen Verband nahesteht, ist demgegenüber kaum als maßigendes Element zu betrachten.

Bei der Bewertung einer Koalitionsmöglichkeit der übrigen bürgerlichen Parteien mit der deutschnationalen Partei darf die Veränderung in der Zusammensetzung ihrer Fraktion nicht außer acht gelassen werden. Die Deutschnationale Partei ist heute nicht mehr das, was man eigentlich unter einer politischen Partei versteht, sie ist vielmehr ein Konglomerat der verschiedensten völkischen und verfassungsfeindlichen Strömungen im Lande. Die Einstellung von 90% ihrer Vertreter ist zweifellos schroff antiparlamentarisch. Die enge Bindung, in der die Partei zu den vaterländischen Kampfverbänden steht, gibt ihr einen ganz besonderen Charakter. Sie wird diesem Charakter entsprechend immer geneigt sein, parlamentarische Konflikte durch

außerparlamentarische Mittel lösen zu wollen, sie wird immer geneigt sein, aus politischen Fragen Macht- und Gewaltfragen zu machen. Man kann also in der Deutschnationalen Volkspartei als Koalitionspartei oder gar als regierungsbildende Partei niemals eine zuverlässige Hüterin, wohl aber eine stets sprungbereite Meuchlerin der Verfassung sehen. *Procurator.*

Aktion gegen Ludwig Hoffmann

Jetzt endlich ist es — dank Erich Mendelsohns unermüdlicher Energie — zu einer offenen Kampfansage, zu einem ersten Vorstoß der hiesigen Architektenschaft gegen den allmächtigen Bau-Diktator gekommen, dessen Einfluß das Berliner Stadtbild schon seit Jahrzehnten ausgesetzt ist. Am 6. Mai versammelte sich ein zu diesem Zwecke gebildeter Ausschuß von Mitgliedern des „Bundes Deutscher Architekten“ (darunter Namen wie Poelzig, Behrens, M. und Br. Taut, Mendelsohn, Salvisberg, Bartning, Mies v. d. Rohe u. a.) gemeinsam mit den wichtigsten hiesigen Pressevertretern zu einer Protestkundgebung, die den Eindruck hinterließ, daß nun endlich auch für einen Hoffmann die letzte Stunde geschlagen haben werde.

Der erste Vorstoß erfolgt auf Grund zahlreicher aktenmäßiger Belege in Form einer Protestentschließung, die den entsprechenden Behörden, zugeht und gleichzeitig durch die Presse zur Kenntnis der Allgemeinheit gebracht wird. Sie lautet in ihrem Kernstück folgendermaßen:

„Einseitige und bevormundende Entscheidung der Behörden und ihrer fachmännischen Berater haben in letzter Zeit die Tätigkeit der künstlerisch selbständig schaffenden Architekten, die Unternehmungslust der Bauherrn und die Wiederaufrichtung der Bauwirtschaft wiederholt empfindlich gelähmt.

Unter dem Druck dieses unerträglichen Zustandes fordert der B.D.A. (Bund Deutscher Architek-

ten) für alle künstlerisch schaffenden Architekten jeder Richtung volle Freiheit. Er lehnt jede künstlerische Diktatur ab und sieht nur im ungehinderten Wettbewerb das Mittel, die charaktervolle Entwicklung des Berliner Stadtbildes anzubahnen.“

Daran schließen sich Einzelforderungen, die sich auf Freiheit des künstlerischen Schaffens, Ausschaltung pekuniärer und politischer Einflüsse bei Prüfung der ästhetischen Seite der Bauprojekte, Beschleunigung der Genehmigung der Bauprojekte und schließlich auf Aenderung in der Zusammensetzung der begutachtenden Ausschüsse in den Behörden und bei Wettbewerben beziehen.

Hinter diesen Forderungen steht die gesamte Körperschaft des B.D.A., der entschlossen ist, im Falle der Ergebnislosigkeit seine Mitglieder aus den hiesigen Ausschüssen — es handelt sich dabei um etwa 60 Herren! — zurückzuziehen. Man wird aus dieser Einstellung die Bedeutung der Aktion sowie die Erbitterung ermessen können, die in den Kreisen bedeutender, aufstrebender Architekten gegen Person und Praktiken Ludw. Hoffmanns herrscht, der trotz seines „Ruhestandes“ von dem neugeschaffenen Ehrenposten aus unbeirrt und tatkräftiger weiterwirkt als je zuvor.

Vielleicht darf man bedauern, daß der Name Ludw. Hoffmann nicht klar und für jeden offenkundig zum Zielpunkt des Angriffs gemacht wurde, zumal doch eben jeder Satz gegen ihn als die treibende Macht gerichtet ist. Hauptsache aber ist, daß der Kampf gegen einen der verhängnisvollsten Reaktionäre aus dem alten Regime eröffnet wurde. Auf seine weitere Entwicklung darf man gespannt sein; die Wucht des Willens, das Schwergewicht der Namen der Beteiligten bürgen, wie es scheint, für ein Ergebnis, das den Sturz des tönernen Kolosses in sich schließen wird. *Oskar Beyer.*